

Die Organisation des britischen Weltreichs

und die

Londoner Reichskonferenz von 1911

H. 263

[H. 33,7]

Von

E. FITGER, Bremen
Chefredakteur der Weser-Zeitung

BERLIN SW 48.

VERLAG VON LEONHARD SIMION NF.

1911.

Die Organisation des
britischen Weltreichs
Der Zukunftsstaat
des Liberalismus

BIBLIOTEKA
INSTYTUTU BAŁTYCZNEGO
W GDANSKU

Die Frage der Gesamtorganisation des britischen Weltreiches ist von Jahr zu Jahr brennender geworden, die besten Köpfe haben sich an ihr versucht und sie doch nicht lösen können. Ja statt gefördert zu werden, schien sie sich immer unlösbarer zu gestalten. Ein förmlicher Klimax der Schwierigkeiten entstand mit dem Abschluß des kanadisch-amerikanischen Gegenseitigkeitsvertrages, der dem System der Zollbevorzugung zwischen Mutterland und Kolonien ein Ende gemacht hätte. Und während dessen Schicksal durch die auf den 21. September 1911 angesetzte Neuwahl des kanadischen Parlaments in der Schwebe gehalten wurde, tagte in London die Imperial-Conference, die Reichskonferenz, deren Beratungen keine Annäherung an die Lösung des allbritischen Problems brachten, vielmehr die Gegensätze noch deutlicher enthüllten als zuvor; die politischen, denn mit der Zollfrage hat sich die Konferenz so gut wie gar nicht beschäftigt. Nicht die Konferenz hat irgend eine Wendung gebracht, wohl aber die kanadische Parlamentswahl, denn diese hat mit einem glänzenden Siege der schutzzöllnerisch-konservativen Partei geendet, so daß die Verwerfung des Gegenseitigkeitsvertrags mit den Vereinigten Staaten gewiß ist. Die liberale Regierung Sir Wilfrid Lauriers tritt zurück und ihre Nachfolgerin wird die Schutzzölle, gemildert durch die den englischen Waren eingeräumten Vorzugszölle, aufrecht erhalten. Was zollpolitisch daraus hervorgehen wird, ob die Vereinigten Staaten zu ihrer Kampfzollpolitik zurückkehren werden, steht dahin; es liegt außerhalb des Rahmens dieser kleinen Schrift. Zur eigentlichen Frage ist die politische Organisation des Weltreichs geworden, diese aber ist durch den Sturz des Laurier-Kabinetts noch nicht gelöst. Mag das nachfolgende Ministerium Borden in dieser Hinsicht mehr guten Willen haben, als der allmählich immer partikularistischer gewordene Laurier, die sachlichen Schwierigkeiten sind noch nicht einmal im Projekt überwunden, geschweige denn durch Übereinstimmung der Regierung des Mutterlandes mit denen der Dominions. Daran hat auch die Reichskonferenz nur in Nebensachen etwas ändern können.

Das britische Weltreich ist eine Erscheinung ohne Gleichen in der ganzen Geschichte. Wechselnden Anforderungen ist es durch Umgestaltungen gerecht geworden und alle, die an seiner Erhaltung und Ausbildung mitarbeiten, sind bereit, die Erfahrung auf sich wirken zu lassen, um sie für Gegenwart und Zukunft nutzbar zu machen. Von Stagnation oder willenslosem Treibenlassen ist keine Rede. Das Reich ist entstanden in einer beispiellosen Fülle glücklicher Vorbedingungen, unter denen die unaufhörliche Selbsterfleischung

des europäischen Festlandes keine der geringsten war, aber auch mit einer Summe von Kühnheit und Talent, die seine Geschichte immer zu einem ruhmvollen Blatt im Buch der Zeiten machen werden. Von großen, nicht wieder gutzumachenden Fehlern ist nur ein einziger gemacht: die Entfremdung der Herzen der Nordamerikaner von Alt-England, die dann zur Losreißung der wichtigsten aller Kolonien geführt hat. Freilich — wer kann sagen, was gekommen wäre, wenn die Vereinigten Staaten, die fast die doppelte Einwohnerzahl haben wie das Mutterland, mit diesem noch vereinigt wären? Damals war die Amputation dem Mutterlande außerordentlich schmerzlich, aber man hat die Erfahrung daraus gezogen, daß man die Kolonien nur behalten wird, wenn sie gern Teile des Weltreichs bleiben, und und hat ihnen daher alle Freiheiten eingeräumt, die sie begehrt haben. Damit hat England einen großartigen Erfolg gehabt, denn in allen Europäer-Kolonien ist der britische Patriotismus groß. Auch in Südafrika, wo es galt, die soeben besiegten Burenstaaten in den Organismus des Weltreichs einzufügen. England hat dort mit erlesenster Großherzigkeit gehandelt. Der frühere Burengeneral Botha ist jetzt erster Minister von ganz Südafrika. Bei seiner jetzigen Anwesenheit in London aus Anlaß der Konferenz trifft er auf einem Festmahl den Burenbesieger Lord Roberts: beide umarmen sich unter Tränen. — Zu Cobdens Zeiten war man ganz darauf gefaßt, daß alle Europäer-Kolonien sich nach und nach zu selbständigen Staaten entwickeln würden. Das änderte sich im letzten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts abermals von Grund aus. Man erweiterte die Freiheiten der Dominions bis zum Äußersten und erhob zuletzt keinen Widerstand dagegen, daß sie in voller Selbständigkeit Handels- und Zollverträge mit dem Auslande schlossen.

Der leitende Gedanke war, die Kolonien unter allen Umständen beim Reiche festzuhalten, nicht durch Gewalt, sondern durch Einräumung von Vorteilen, die sie auf andere Weise nicht erlangen könnten. Gewalt wollte man nur auf Besitzungen mit Völkern ganz fremden Stammes anwenden, auf das tropische Afrika, auf Westindien, Ägypten und auf Ostindien. Und bei Ostindien, das mit seiner riesenhaften Bevölkerung allerdings ein ganz besonders schwieriges Herrschaftsproblem darbietet, schwebt doch immer noch ein Hoffnungsstern am Firmament, daß es gelingen könne, in der Bevölkerung wahre Liebe zu England zu erwecken; darauf beruhen die Morleyschen Reformen vom Winter 1909/10. Für Ägypten hat man die Erteilung verfassungsmäßiger Rechte an die Bevölkerung weiter von der Hand gewiesen, obgleich diese wohl um eine Nummer besser darauf vorbereitet wäre als die indische; man ist wohl sicher, daß der Drang nach Unabhängigkeit viel stärker hervortreten würde, als in Indien; auch ist Ägypten viel leichter militärisch zu behaupten. Aber behalten will England alles, was es besitzt.

Ja dieser Wunsch ist je länger, desto stärker geworden; er hat zu den Chamberlainschen Plänen geführt, die zwischen dem Mutter-

lande und seinen Besitzungen gegenseitige Zollbegünstigungen herbeiführen sollten. Das ist von allen Selbstverwaltungskolonien, den Dominions, einseitig zur Durchführung gebracht, England aber hat sich nicht zu Schutzzöllen auf Lebensmittel und Rohstoffe zugunsten seiner Kolonien entschließen können. Hand in Hand mit diesem wirtschaftlichen Zusammenschluß sollte auch ein politisch-militärischer gehen. Die Dominions sollten nach Maßgabe ihrer Kräfte auch an der Verteidigung des Reiches teilnehmen, und sie waren auch bereit dazu. Wenige Jahre ist es her, da war noch alles Feuer und Flamme dafür, und bei dem allerseits vorhandenen guten Willen schien nichts Leichter, als die Form dafür zu finden.

Wie nun ganz im Gegenteil die Lösung vollständig mißlang und man jetzt dem Problem ratloser als je gegenübersteht, das hat die Reichskonferenz vom Jahr 1911 mit aller Deutlichkeit an den Tag gebracht.

Die Ansprüche der Dominions sind schneller gewachsen als die Möglichkeit sie zu befriedigen. Der Gedanke, daß die Kolonien einen Teil der Verteidigungslast tragen müßten, geht schon bis in die achtziger Jahre zurück, als Australien durch die Anlegung des Kriegshafens von Wladiwostock geängstigt wurde. Schon damals verpflichteten sich die australischen Kolonien zu einer jährlichen Geldzahlung und zur Erbauung von Landbefestigungen zum Schutz der wichtigsten Häfen, wogegen England es übernahm, diese Befestigungen mit Waffen und Mannschaften auszurüsten und einen Teil seiner Kreuzerflotte in den australischen Häfen zu halten*). Später kamen verschiedene Flottenvereine zu Macht und Ansehen, die hauptsächlich in den Kolonien den Gedanken vertraten, daß diese auch Mittel für die Reichsflotte aufzubringen hätten: die Imperial-Defence-League und die National-Marine-League, die in Hinsicht auf die Mittel in einem gewissen Gegensatz zu einander standen. Aber es war auch stets ein Gegenpol vorhanden. In England selbst kam es autoritativ zum Ausdruck, daß die Kolonien offiziell keinen Teil an der Last der Rüstung tragen dürften, weil ihnen dann nach uralter englischer Auffassung auch ein Einfluß auf die Verwendung zukomme. Das gehe aber nicht, denn die Verfügung über die militärischen und maritimen Machtmittel des Reiches könne nur in einer Hand liegen, und zwar nur in der Zentralregierung zu London, die einzig und allein dem englischen Parlament verantwortlich sei. Das Mutterland müsse die ehrenvolle Last der Verteidigung des Reiches allein tragen; auch könne es nicht zugeben, daß diese letztere örtlich zu teilen sei. Über das Schicksal der Kolonien würde in den europäischen und nordatlantischen Gewässern entschieden.

Interessant ist die Stufenleiter der Schwierigkeiten, die sich Mr. Chamberlain entgegenstellten, als er mit dem Ungestüm seines Wesens sich der Schaffung eines größeren Verbandes zwischen dem

*) Siehe Geffcken, Politische Federzeichnungen. Berlin 1888.

Reich und seinen Kolonien widmete. Im Beginn (1897) setzte er schlang voraus, daß alle Beteiligten über dessen Notwendigkeit übereinstimmten. „Der Gedanke einer Föderation liegt in der Luft.“ Er lud daher die Kolonial-Premiers ein, die Frage eines „freiwilligen Beitrags als Beihilfe für die britische Marine“ zu erörtern, um „den Grundsatz gegenseitiger Hilfe und treuen Reichspatriotismus aufzustellen“. Die Kolonial-Premiers meinten damals noch, die Beziehungen der Kolonien zum Reiche seien ganz gut geordnet. — 1902 war eine aus Anlaß des Burenkrieges auf beiden Seiten eingetretene starke Änderung der Ansichten wahrnehmbar. Chamberlain sprach davon, er sei vielleicht zu sehr Enthusiast, aber er halte doch die politische „Federation“ im Bereich der Möglichkeit. Um so mehr Gewicht legte er auf die Hebung der „politischen Beziehungen“ der Teile zu einander, weil fremde Nationen ihre Wehrkraft so steigerten. Der Wunsch danach müsse von den Kolonien ausgehen. Die gegenwärtige Verteilung der Lasten sei unbillig. Als die Kolonien klein und arm gewesen, habe das Mutterland sie verteidigen müssen. Jetzt seien sie reich, mächtig und gedeihend, so daß sie diesem nicht mehr die Tragung aller Kosten überlassen könnten. Die Minister, mit Ausnahme Lauriers, beschlossen, daß der Gedanke, die Wehrkraft des Reiches durch Beteiligung der Kolonien an den Flottenkosten zu steigern, angenommen werden könne. Bis 1907 verschoben sich die Ansichten abermals stark. Chamberlain widmete sich mit aller Kraft der wirtschaftlichen Einigung, die politische stehe nicht in Frage. Aber schon war der Selbstständigkeitsdrang der Kolonien stark im Wachsen. Sie wurden zu „Dominions“, die Konferenz sollte fortan stattfinden zwischen der „Regierung des Königs und seinen Regierungen in den selbstregierenden Dominions“. In der Wehrkraftsfrage kam man keinen Schritt vorwärts. Man verhandelte über alles mögliche, nur nicht über diesen entscheidenden Punkt. Die liberale englische Regierung präsiidierte der Konferenz, spielte aber eine völlig passive Rolle. Der Minister des Auswärtigen, Sir Edward Grey, kam nicht in die Sitzungen.

In der englischen Presse gab man die Versuche noch nicht ganz auf, ein System zustande zu bringen, das den beiderseitigen Ansprüchen gerecht werde, allein das Ergebnis war, daß man sich von dem Ziel immer weiter entfernte. Wenn man nach französischem Muster Vertreter der Dominions ins Parlament zu London aufnehmen wollte, so konnte leicht die Folge sein, daß diese mit Hilfe der Opposition die Mehrheit der im Vereinigten Königreich gewählten Vertreter in eine Minderheit verwandelte. Dann hätten sich England, Irland und Schottland, obwohl sie etwa eine liberale und freihändlerische Mehrheit nach Westminster gesandt hätten, von einem konservativen und schutzzöllnerischen Ministerium regieren lassen sollen. Oder umgekehrt. Oder es könnte der Fall eintreten, daß die Mehrheit des Volkes im Vereinigten Königreich einen Krieg für notwendig hilete und die australischen, südafrikanischen und kanadischen

Abgeordneten könnten sich nicht dafür erwärmen; oder umgekehrt, diese verwickelten, weil sie weit vom Schuß wären, Alt-England in einen Krieg, der ihm gar nicht genehm wäre. Von keiner Seite wollte man darauf eingehen. Ebenso wenig Anklang fand der Gedanke, daß die Vertreter der Dominions nur in Sachen des Krieges der Wehrkraft und allenfalls auch der gemeinsamen Wirtschaftspolitik mitzustimmen haben sollten. Dann könnte der Fall eintreten, daß konservative Kriegs-, Flotten- und Kolonialminister das Vertrauen der Unterhausmehrheit fänden, während die übrige Verwaltung liberal geleitet sein müßte. Das Ministerium sollte also aus Gegnern, aus zwei Parteien, bestehen. Verwicklungen dieser Art konnten mannigfaltig sein; kurzum, der Widerstand dagegen war einmütig. Auch die österreichisch-ungarischen Verhältnisse mit den Delegationen beider Reichsparlamente fand man nicht nachahmenswert, und ebenso wenig konnte man in den deutschen oder amerikanischen bundesstaatlichen Organisationen ein Vorbild erblicken. Man mußte also den Gedanken, daß Vertretungen der Dominions ein Beschlußrecht zugestanden werden könnte, fallen lassen. Der bloß beratende Einfluß solcher Vertretungen ist natürlich von Haus aus von sehr bescheidenem Werte. Gleichwohl hat man auch in dieser Beziehung alles ausführlich erörtert. Man sprach von der Umgestaltung und Wiederbelebung des jetzt ziemlich abgestorbenen „Geheimen Rates“ (Privy Council). Aus diesem sollte ein Komitee für Reichsangelegenheiten gebildet werden, dem die besten Kenner und Vertrauensmänner der Kolonien angehörten. Auch schlug man vor, daß Vertreter der Dominions dem Kabinett als Mitglieder ohne Stimmrecht angehören sollten, damit sie das Ministerium berieten und auch die Kolonialverwaltungen rechtzeitig von allem auf dem Laufenden hielten. Auch das fand naturgemäß die stärksten Bedenken. Politiker aus den Kolonien, die vielleicht der Gegenpartei angehörten, sollten also Zutritt zu den vertraulichsten Beratungen der Regierung haben. Und nun denke man sich den Fall, daß diese ihren Rat nachdrücklich erteilen und dennoch die Regierung nicht überzeugen, mußte nicht die Stimmung in den Dominions noch viel leichter erbittert werden? Die Stimmung der Landsleute jenseits der Ozeane in Rechnung zu ziehen, und die besten Sachkenner zu befragen, werde natürlich auch ohne solche Institution keine Regierung unterlassen, folglich sei diese gänzlich überflüssig. Man mußte also den ganzen Gedanken an die Schaffung eines gemeinsamen parlamentarischen oder exekutiven Organs für das Mutterland und die Dominions fallen lassen.

Über diesen Beratungen kam man dem Gedanken an eine straffere Zusammenziehung des britischen Weltreichs oder auch nur an eine Beteiligung der Kolonien an den Kosten der Wehrkraft nicht näher, vielmehr entfernte man sich von ihr.

Auch in den materiellen Fragen wich man je länger desto mehr von einander ab. Australien hat es nie verwinden können, daß England das Bündnis mit Japan abgeschlossen hat. In Australien

erreicht die Abneigung der weißen Rasse gegen alle Farbigen ihren Höhepunkt, auch die japanische Kulturnation ist davon nicht ausgeschlossen, ebensowenig wie die indischen Untertanen des englischen Reiches. Man duldet nicht einmal die vorübergehende Landung eines einzigen Farbigen. Vor Japan hat man jetzt die größte Furcht, es könnte einmal das ausführen, was man Rußland zutraute, nämlich mit seiner starken Flotte vor den australischen Häfen erscheinen und dort wohlgedrillte Regimenter landen, denen das so dünn bevölkerte Australien nichts nennenswertes gegenüberzustellen habe. Da Japan sich Raum für seine zu große Bevölkerung verschaffen muß, so werde es immer ein gefährlicher Nachbar sein. In etwas abgeschwächtem Maße denkt auch Kanada so. Darum richtete sich der Wunsch Australiens, die Wehrkraft des Weltreiches zu erhöhen, hauptsächlich darauf, eine entsprechende Seemacht an die australischen Gewässer zu fesseln.

1909 boten der Commonwealth of Australia und Neuseeland der britischen Marine je einen Dreadnought an und diese ging darauf ein. Hernach fand man in den Dominions aber, daß damit die Sorgfalt der Fürsorge Englands für seine entlegensten Besitzungen noch nicht genügend verbürgt sei und drängte auf Verpflichtung zur Anwesenheit einer größeren Streitmacht oder auf Mitbestimmungsrecht Australiens über die Verwendung des Ganzen. Inzwischen fanden aber in einem Unterausschuß der „Konferenz von 1907“ nähere Beratungen statt, und hier änderte der Commonwealth seinen Vorschlag dahin ab, daß er eine eigene Flotte erbauen wolle, die eine normale Stärke von einem Dreadnought-Kreuzer, drei Panzerkreuzern und sechs Torpedobootszerstörern haben sollte. Kanada kam zu ähnlichen Entschlüssen. Es wollte fünf Panzerkreuzer und sechs Torpedobootszerstörer aufstellen. Nur Neuseeland erachtete sich nicht für reich genug, mit einer eigenen Kriegsflotte zu experimentieren; es blieb bei dem Geschenk eines Dreadnoughts, der das Flaggschiff einer britischen Flotte sein sollte, die in den chinesischen Gewässern zu stationieren wäre, und versprach einen jährlichen Beitrag von 100 000 Pfd. Sterling. Südafrika war noch im Stadium der Umgestaltung und kam nicht zu einer Entscheidung.

Es leuchtet sogleich ein, daß man damit dem Ziel einer gemeinsamen Reichs-Verteidigung ferner gerückt war als zuvor. Immerhin war Australien noch kaum von partikularistischen Ideen erfüllt. Seine Naval-Defence-Aet vom Dezember 1910 sieht vor, daß seine Regierung die australische Flotte unter den Befehl der britischen Admiralität stellen darf, und Ministerreden erläutern die Sache dahin, daß es tatsächlich beabsichtigt sei, im Kriegsfall so zu verfahren. In Kanada hingegen vollzog sich eine weit schärfere Wandlung, die möglicherweise innerlich zusammenhängt mit den Verhandlungen über einen handelspolitischen Gegenseitigkeitsvertrag zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten, die im Herbst 1910 schwebten. Der

leitende Minister Kanadas, Sir Wilfrid Laurier, erklärte am 29. November 1910 im Parlament zu Ottawa:

„es sei unter gegenwärtigen Umständen für Kanada nicht ratsam, sich in die Bewaffnungen des Reiches zu mischen. Aber wir sollten festhalten an unserer eigenen Politik, nämlich Herren im eigenen Hause zu sein, eine Politik für unsere eigenen Zwecke zu haben und es dem kanadischen Parlament sowie der kanadischen Regierung und dem kanadischen Volke zu überlassen, an diesen Kriegen, für die sie noch kein Mitbestimmungsrecht haben, teilzunehmen, wenn sie es für angemessen halten.“

Das war ein weithin hörbarer Signalschuß und was er ankündigte, das stellte sich ein. „Kolonialer Nationalismus“, so sagt die „Times“ vom 19. April 1911, „hat also begonnen, seinen Weg in den Bereich der Auswärtigen Angelegenheiten zu machen. Kanada hat (selbständig) sein Abkommen mit Japan über japanische Einwanderung nach Britisch-Kolumbien unter Mitwirkung des britischen Gesandten in Tokio abgeschlossen. Seine Handelsverträge mit Amerika, Deutschland, Frankreich und anderen fremden Mächten sind entweder durch kanadische Staatsmänner direkt abgeschlossen oder unter dem Beistand des britischen Botschafters Mr. Bryce in Washington. Süd-Afrika hat mit Portugal einen weitreichenden Vertrag über Delagoa-Bay abgeschlossen, wobei die britische Regierung die Rolle einer anwesenden, aber nicht die einer berechtigten Partei gespielt hat. Das System der Kooperation (wir würden sagen: des Föderalismus), entgegengesetzt dem der Einheit, in der auswärtigen Politik und Wehrkraft, das in den Resolutionen der Konferenz von 1907 nur halbverschlossen enthalten war, wurde durch den 1909 tagenden Unterausschuß (subsidiary Conference) in Kraft gesetzt.

An die Tragweite dachte damals noch niemand, denn der erste Lord der Admiralität, Mr. Mc Kenna, erklärte damals: „Es ist durch die Kolonial-Regierungen anerkannt, daß in Kriegszeiten die örtlichen maritimen Streitkräfte unter die allgemeine Oberleitung der Admiralität kommen sollen.“ Die Erklärung Sir Wilfrid Lauriers steht dazu in einem handgreiflichen Gegensatz.

Bis zum Zusammentritt der Konferenz von 1911 verschlechterte sich die Stimmung noch immer mehr. England hatte kurz zuvor den neuen Handelsvertrag mit Japan abgeschlossen und dabei dieser Macht in jeder Beziehung volle Gleichberechtigung zugestanden. Englische Untertanen erhielten in neuer Formulierung das Recht der Einwanderung nach Japan, des Aufenthalts dorts, der Betreibung von Geschäften, der Pachtung von Grundbesitz u. dergl. Das gleiche Recht wurde den Japanern zuerkannt in England selbst und in denjenigen Besitzungen, die die gleichen Rechte auch den japanischen Untertanen gewähren. Zu diesen gehören Kanada, Australien und Neuseeland notorisch nicht und folglich waren sie von den Vorteilen des Handelsvertrages fortan ausgeschlossen. Auch von den zoll-

politischen Vorteilen, obgleich diese von geringerem Werte sind. Es ist von geschichtlicher Bedeutung, daß nunmehr England neue Handelsverträge für sich schließt, ohne daß alle seine Kolonien einbegriffen sind. Bisher verfuhr es darin anders. Einige der älteren Verträge, die über den Kopf der Kolonien hinweg mit anderen Staaten geschlossen wurden, und sich ausdrücklich auf die Kolonien erstreckten, z. B. mit Frankreich, Deutschland, Belgien, sind auf ausdrückliches Verlangen Kanadas aufgehoben. Bei Japan aber war es England, das für sich selbst den Vertrag abschloß und auf Verlangen Japans alle Kolonien heraus ließ, die den Japanern die Gleichberechtigung versagten. Bald stellte sich heraus, daß es damit den Partikularisten oder Föderalisten das Argument in die Hand gegeben hatte: ihr schließt ja selber uns von den Vorteilen der Verträge mit anderen Ländern aus, die ihr als nützlich für euch erachtet.

Kurz vor dem Zusammentritt der Konferenz von 1911 schien es noch einmal, als ob dieser die markanteste politische Persönlichkeit der Kolonien fehlen solle: Sir Wilfrid Laurier. Er und sein Kollege, der Finanzminister Fielding waren die Hauptmacher des Gegenseitigkeitsvertrages zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten gewesen, der, falls er ratifiziert worden wäre, mehr zur Verschiebung der Verhältnisse zwischen Weltreich und Dominions beigetragen haben würde, als irgend etwas anderes. Mit einem Schlage hätte er das System der handelspolitischen Bevorzugung zwischen Mutterland und Kolonien zerstört, auf das die Konservativen und Schutzzöllner so große Hoffnungen gesetzt hatten. Von wirtschaftlicher Gegenseitigkeit ausgehend, sollte dieses auch zur politischen führen. Nun hatte Kanada plötzlich einen Vertrag mit der benachbarten aber politisch fremden Republik abgeschlossen, kraft dessen eine ganze Anzahl der wichtigsten Landeserzeugnisse, u. a. Getreide, Holz und Viehzuchtsartikel, zwischen beiden Staaten freien Verkehr haben sollten; auch manche Industrieerzeugnisse, die bisher zum großen Teil England nach Kanada zu liefern pflegte, für die es einen wesentlich billigeren Zoll genoß als die Vereinigten Staaten für ihre Waren gleicher Art. Wenn nun auch nicht beabsichtigt war, englische Waren einem höheren Zoll zu unterwerfen als amerikanische, so blieb doch für die Bevorzugung der englischen nur noch ein schmaler Raum übrig. Und unmöglich wurde es, kanadischen Lebensmitteln und Rohstoffen in England einen Schutzzoll zu bereiten, von denen gleichartige Waren nordamerikanischen Ursprungs ausgeschlossen sein sollten. Wie konnte man feststellen, daß Weizen, Speck, Schmalz, Butter, Käse kanadischen Ursprungs seien, wenn amerikanische Erzeugnisse dieser Art im freien Verkehr nach Montreal oder Halifax gelangen konnten?

Die Konservativen und Schutzzöllner Englands waren außer sich. Bis dahin war Laurier ihr Heros gewesen, der Träger des größerbritannischen Gedankens, der Schöpfer der handelspolitischen Bevorzugung des Mutterlandes. Er war den anderen Kolonien als Muster

vorgehalten und diese blickten auf ihn. Und nun war es Laurier, der jenen Gedanken von der eigenen Verfügung Kanadas über seine Wehrkraft verfocht und durch den Vertrag mit den Vereinigten Staaten der Möglichkeit eines allgemeinen Schutzzollbandes um alle Glieder des britischen Weltreiches den Boden entzog! Die kanadischen Schutzzöllner bäumten sich erklärlicherweise gegen die Neuerung auf. Sie waren bisher schon Gegener Lauriers gewesen, weil er der englischen Industrie die Vorzugszölle gewährt hatte. Aber sie hatten doch seine Tapferkeit im Zollkriege gegen die Vereinigten Staaten anerkannt und bewundert*). Die Schienenwerke, die Lokomotiven- und Waggonfabriken, die Maschinenfabriken (namentlich für den Bedarf der Landwirtschaft), die ganze Textilindustrie und vieles andere, was Kanada soeben durch Schutzzölle und selbst durch bare Unterstüzungen emporgebracht hatte, erklärte, zu vollständigem Untergang verurteilt zu sein, wenn ihre Erzeugnisse der leistungsfähigen Konkurrenz des Nachbarlandes ganz oder nahezu schutzlos preisgegeben seien. Es entstand eine außerordentlich heftige Gegenagitation, unterstützt natürlich aufs nachhaltigste durch die Schutz-zollpartei und die imperialistische Presse in England.

Hier war man empört über den so vollständigen Rollenwechsel Sir Wilfrid Lauriers. Wohl wußte man, daß er früher der freihändlerische Gegner der Konservativen (Sir Charles Tupper und seiner Partei) gewesen war und damals hatte er ziemlich allgemeinen Beifall in England gefunden. Dann war unter seiner Führung Kanada zu den scharfen Kampfmaßregeln gegen die Vereinigten Staaten übergegangen, von denen jedoch die Einfuhr aus England Vorteil zog, weil ihr ganz besondere Ermäßigungen bewilligt waren. Noch erscholl tausendstimmig Lauriers Ruhm, weil er dem drohenden Zollkriege der Vereinigten Staaten Trotz geboten hatte. Und nun kam dieser radikale Umschlag! Nun die weitgehende Befreiung des kanadisch-amerikanischen Verkehrs von allen Zöllen, wobei für eine Begünstigung englischer Waren über die amerikanischen hinaus kaum noch Raum blieb!

Äußerst gelegen kamen Lauriers Gegnern einige arge Unbesonnenheiten auf amerikanischer Seite. Dort verwiesen einige Stimmen — arbeiteten sie absichtlich im Sinne der Gegner des Vertrages? — auf die politische Einheit Deutschlands, die aus dem Zollverein hervorgegangen sei. So werde es mit Kanada und den Vereinigten Staaten auch gehen. Nicht mehr lange werde es dauern, so werde das Sternenbanner über ganz Nordamerika wehen. Die annexionistische Partei ist in Kanada zurzeit schwach, die Auslassungen mußten also das Werk der kanadischen Regierung herabsetzen. Doch wehrten diese und ihre Freunde sich tapfer und bekundeten mit eindrucksvoller Wärme ihre treue Anhänglichkeit an das britische Reich. Es wurde

*) Siehe E. Fitger, Der Zollstreit Kanadas mit den Vereinigten Staaten. Simion, Berlin 1910.

wieder an einen altbekannten Ausspruch erinnert: „Die letzte Flinte, die für die englische Herrschaft in Kanada abgefeuert wird, wird die eines französischen Kanadiers sein.“

Weiter machte man die Regierung und ihre Partei herunter, daß sie ihre augenblickliche, unter ganz anderen Voraussetzungen entstandene Mehrheit im Parlament zu Ottawa benutzen wolle, um diesen außerordentlich wichtigen Vertrag durchzusetzen, der alle politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Kanadas fundamental umstürzen werde. Sie wolle also geradezu das kanadische Volk überrumpeln. Wenigstens müsse sie die Wählerschaft von neuem darüber entscheiden lassen; also Neuwahl des Parlaments.

Wohlan, sagte Laurier, das ist eine billige Forderung; und in Verbindung damit ließ er in London bekannt werden, daß er zu der Reichskonferenz leider nicht erscheinen könne, da er durch die Wahlen in Kanada festgehalten werde. In England erblickte man in dem Fehlen der markantesten Persönlichkeit der Dominion-Politik geradezu ein Unglück. Die ganze Konferenz wäre zwecklos gewesen, hätte der kanadische Premier gefehlt. Englischer Einfluß auf die kanadischen Konservativen dürfte diese mit bestimmt haben, ihrer Regierung eine Vertagung des Wahlkampfes anzubieten, damit die Minister aus London zurück sein könnten, ehe die entscheidenden Kämpfe geführt würden. Dieser Pakt wurde beiderseits angenommen. Man empfing Laurier und seine Kollegen in London mit aller Auszeichnung, die Regierung und die Opposition wetteiferten darin mit der Presse. Die Gehässigkeiten der letzteren richteten sich mehr gegen den englischen Botschafter in Washington, Mr. Bryce, den früheren Minister für Irland im jetzigen liberalen Kabinett, dem man die Schuld gab, daß er durch seine Vermittlerdienste bei den Verhandlungen über den Vertrag dieses für England so nachteilige Werk gefördert habe. — Ein eigenartiger, staatsrechtlicher Zustand, daß der Botschafter des Mutterlandes Geschäfte im Auftrag einer Dominions-Regierung führt! Mr. Bryce hat wohl sicherlich sein Ministerium von allem auf dem Laufenden erhalten und in dessen Sinne gehandelt. Aber können nicht auch Fälle eintreten, wo dem Botschafter seitens der Dominions-Regierung genau das Gegenteil von dem zugemutet wird, was die heimische Regierung von ihm verlangt? Das ist ein Punkt, der auch in England nicht übersehen ist.

Dem Beginn der Verhandlungen der Reichskommission gingen Erörterungen in der Presse voraus, denen man in Form, Inhalt und vornehmer Haltung einen hohen Rang nicht absprechen kann. Mit dem Anspruch der Selbstverwaltungskolonien, nicht mehr Kolonien, sondern „verbündete Nationen“ zu sein, hatte England sich schon 1907 abgefunden. Seit damals spricht man nicht mehr von einer Kolonialkonferenz, sondern von einer „Reichskonferenz“ (Imperial-Conference). Das Wort Kolonien erinnerte die Dominions zu sehr an Abhängigkeit vom Mutterlande. Darüber seien sie hinausgewachsen, sie wollten weder mit Jamaica oder Nigeria noch mit Ägypten oder Indien auf

eine Stufe gestellt werden. Freie Glieder des Reiches wollten sie sein. Getreu seiner Kolonialpolitik nahm England daran keinen Anstoß. Aber es waren doch an Größe und wirtschaftlicher Bedeutung recht ungleichartige Bestandteile, aus denen sich der schöne Kranz dieser von Völkern vorwiegend britischen Blutes bewohnten, jedenfalls eben jetzt in neuer britischer Nationalität zusammenschmelzenden Gebiete bildete. Die räumliche Größe ist noch weit verschiedener als die Bevölkerungszahl. Es zählten 1906/07

	qkm	Einwohner
Dominion of Canada	10 135 142	5 983 558
Neufundland mit Labrador	128 670	232 757
Commonwealth of Australia	7 929 009	4 710 870
Neuseeland	271 166	949 829
Kapland	717 388	2 487 690
	<hr/>	<hr/>
	19 181 375	14 364 704
Dem steht gegenüber das Verein. Königreich	314 869	44 587 106

Dieses letztere ist geeinigt und voraussichtlich noch auf lange Zeit die Sonne, um die sich die fünf Planeten drehen, letztere mögen unter sich auf drei zusammenschmelzen, die außerordentlichen Entfernungen ihrer Lage machen eine weitere Vereinigung als etwa in dem Rahmen der jetzigen Bestrebungen unmöglich, und selbst diesen bieten sie ein schwer zu überwindendes Hindernis. An Flächenausdehnung erscheint das vereinigte Königreich winzig neben ihnen, an Bevölkerung übertrifft es sie dreimal — aber das ist am Ende nicht sehr viel und wird sich sicher immerfort zum Vorteil der Dominions verschieben. Zurzeit eint eine überwältigende Freundschaft und Gesinnungsgemeinschaft alle diese Bestandteile. Aber wird es immer so bleiben? Wie sichert man das Zusammenwirken für die Zukunft?

Eben das ist das große Zukunftsproblem, dessen Lösung man bis jetzt vergeblich versucht hat, ja das heute unlösbarer erscheint als vor wenigen Jahren. Ein schöner Gedanke, die tragenden Schultern der britischen Marinelast um ein volles Drittel an Zahl zu vergrößern, aber bisher ein Gedanke, für dessen Verwirklichung man nicht einmal ein Schema hat finden können.

Schon vor Zusammentritt der Konferenz stand es fest, daß die Dominions von Kanada und Australien 1915 ihre eigenen Flotten haben werden, über welche die englische Regierung keine Gewalt haben wird. Auch die volle Unabhängigkeit der Dominions hinsichtlich des von ihnen einzuschlagenden politischen Kurses wurde schon vorher immer deutlicher, die Konferenz hat sie, wenn auch nicht gerade durch förmliche Beschlüsse besiegelt, doch vollends als unwiderruflich gezeigt. Welche Mittel haben die Dominions, so fragt man in England, um sich eine Ansicht in der auswärtigen Politik zu bilden, damit sie einen Kurs steuern können? Dies muß doch sein, denn daß ein haltloses Hin- und Herschlingern dem Schiffe nicht gut

sein kann, dürfte niemand bestreiten. Die Dominions-Regierungen unterhalten bis jetzt keine Diplomatie bei ausländischen Regierungen und keine ausländischen Gesandten sind bei ihnen akkreditiert. Wollen sie sich nur auf die Presse verlassen? Dann werden sie sich meist in einem Wirrsal sehen. Wollen sie englische Informationen als maßgebend ansehen? Dann ist der neue Zustand dem alten sehr ähnlich. Wollen sie aber wirklich einen vollständigen diplomatischen Apparat schaffen? Dann werden ausländische Regierungen oft suchen, einen Keil zwischen die Regierungen des Mutterlandes und der Dominions zu treiben. Und wer kann sagen, ob ihnen das stets mißlingen wird? Überhaupt — wenn zu den vielen sonstigen, bereits zugestandenen Unabhängigkeiten auch noch die in der auswärtigen Politik kommt — was unterscheidet den Stand der Dinge dann noch von einer vollständigen und anerkannten Selbständigkeit? Wo ist denn noch ein einigendes Band, ausgenommen die Imponderabilien der Sprache, der Literatur, der Sympathie und dgl.?

Und dann möge auf die praktische Politik geblickt werden. Was soll die Regierung des Königs in Westminster in Rechnung ziehen: den Beistand der am Ende nicht unverächtlichen Seestreitkräfte Kanadas und Australiens, ihre Neutralität oder gar ihre Feindschaft? Ein Admiral hat Australien den Rat erteilt, acht Dreadnoughts mit dem erforderlichen Zubehör aufzustellen. Denkt man sich eine ähnliche Seemacht unter dem Befehl der kanadischen Regierung, so sind das sehr ernste Umstände. Gewiß, aller Wahrscheinlichkeit nach werden die Regierungen der Dominions auf der Seite ihres Mutterlandes kämpfen. Aber die Möglichkeit, daß es auch anders komme, muß doch den Dominions vorschweben, sonst würden sie nicht mit wachsender Zähigkeit an der freien Verfügung über ihre Streitkräfte festhalten. Jetzt freilich ist das Verhältnis Englands zu Japan ein anderes geworden, als es während der Reichskonferenz war, denn jetzt hat Japan eingewilligt, daß England ihm keine Bundeshilfe gegen eine Macht zu leisten braucht, mit welcher England in einem Schiedsvertrag steht. Damit waren die Vereinigten Staaten gemeint, denn mit diesen hat das britische Reich einen Schiedsvertrag vereinbart. Unerwarteterweise ist dieser im amerikanischen Bundessenat auf große Schwierigkeiten gestoßen, und wenn der Senat bei seiner Stellung verharret, so wird aus der Sache nichts und dann bleibt Englands Bundesverpflichtung zu gunsten Japans in Kraft. Allein, daß es jemals dazu komme, wird von den Beteiligten selber als sehr unwahrscheinlich angesehen. Während der Tagung der Konferenz standen die Dinge anders, da fragte man sich, ob Australien nicht weit lieber an der Seite Amerikas gegen Japan als an der Seite Englands und Japans gegen Amerika kämpfen werde. Und englische Politiker erwogen sehr ernst die daraus möglicherweise entstehenden Verwicklungen. Namentlich machte ein Artikel in der „Times“ vom 18. und 19. April 1911, unterzeichnet „Aratus“, sehr großes Aufsehen. Er führte aus: „Die englische Regierung wird weder über die kanadische

noch über die australische Flotte Autorität haben, ebensowenig über die beiden Regierungen, in deren Händen der Befehl liegt. Welche Politik werden diese Flotten nun unterstützen? Sir Wilfrid Laurier wird sagen: „Kanadas“. Und was wird geschehen, wenn Kanada seine Flotte zur Unterstützung einer Politik gebrauchen möchte, die mit der britischen in Zwiespalt liegt? Welche Politik soll gelten? Oder einen andern Fall. Wird der Minister des Auswärtigen oder der erste Lord der Admiralität sich glücklich fühlen, wenn er weiß, daß einige von den empfohlenen acht australischen Dreadnoughts über die Gewässer des Stillen Ozeans fahren, gänzlich frei von britischem Regierungsbefehl, während heikle Verhandlungen über das japanische Bündnis oder über die Lage im fernen Osten im Gange sind?“

„Diese Probleme“, so fährt Aratus fort, „sind das unmittelbare Ergebnis eines neuen Grundsatzes für die „Imperial Cooperation“ in Wehrkraft und auswärtigen Angelegenheiten. Ihre bloße Aufstellung zeigt deutlich, daß Einheit des Reiches in der Wehrkraft sich verflüchtigt hat und in der auswärtigen Politik schnell verschwindet. Das ist eine einfache Tatsache — und es ist eine Tatsache, die erst seit der Konferenz von 1907 entstanden ist.“ Er greift dann die Regierung an, daß sie nichts getan habe, um dem entgegenzuwirken und fragt, ob sie fürderhin in Passivität verharren wolle. „Offenbar bestehen die der Konferenz obliegenden realen Geschäfte nicht in der Auswanderung oder der Organisation (Cooperation) des Handels oder Kabelgebühren, sondern darin, genau festzustellen, wie die Weltreichsorganisation (the co-operative System) in auswärtigen Angelegenheiten und Wehrkraft arbeiten soll, so daß die Nationen des Reiches wissen, welches ihre gegenseitigen Verpflichtungen sind und wie weit die eine durch die Politik der anderen gebunden ist. Und es ist die Aufgabe der kaiserlichen Regierung und niemandes sonst, diese Frage aufzuwerfen. Denn sie allein hat Kenntnis von der internationalen Lage. Sie allein versteht gründlich die Vorschriften, nach denen sich die Verteidigung des Reichs zu richten hat. . . . Vor zehn Jahren gab es eine einzige Wehrkraft und eine einzige auswärtige Politik für das Reich. Jetzt gibt es deren oben so viele wie wir Dominions haben.“ Dann wendet sich der Verfasser plötzlich anstatt an die Regierung an die Konferenz und fordert von dieser die Lösung des Problems.

Es wird nicht gesagt werden können, daß die Größe des Gegenstandes in England nicht voll begriffen und zum Ausdruck gebracht wäre.

II.

So begann denn die diesjährige Konferenz ihre Beratungen in einer recht schwülen, gedrückten Atmosphäre. Am 23. Mai 1911 trat sie im Auswärtigen Amt zusammen. Vertreten waren:

England durch den Premierminister Mr. Asquith und den Kolonialstaatssekretär Mr. Harcourt.

K a n a d a durch den Premierminister Sir Wilfrid Laurier, den Kriegsminister Mr. Borden (einen bloßen Namensvetter des jetzigen Premiers) und den Minister für Marine und Fischerei Mr. Brodeur.

A u s t r a l i e n durch den Premierminister Mr. Fisher, den Minister des Auswärtigen Mr. Batchelor und den Kriegsminister Mr. Pearce.

N e u s e e l a n d durch den Premierminister Sir J. G. Ward und den Oberstaatsanwalt und Kolonialsekretär Mr. J. G. Findlay.

S ü d a f r i k a durch den Premierminister Mr. Botha, den Minister der öffentlichen Arbeiten Mr. de Villiers Graaf und den Unterrichtsminister Mr. Malan.

N e u f u n d l a n d durch den Premierminister Sir E. P. Morris, den Kolonialsekretär Mr. Watson und den Minister Bishop.

Anwesend waren außerdem die erforderlichen Sekretäre und eine Anzahl hoher Beamter aus dem Auswärtigen Amte sowie dem Kriegs- und dem Marineministerium.

Mr. Asquith eröffnete die Sitzung mit einer herzlichen und schwungvollen Rede. Er begrüßte die Konferenz als erste „Reichskonferenz“ und berührte die Gemeinschaft der Krone, die gegenwärtige Reichsentwicklung und die Projekte für eine geschlossene Einheit. Natürlich konnte er den Beratungen nicht vorgreifen wollen. Auf die Wehrkraft des Reiches (Imperial Defence) ging er etwas näher ein. Der 1907 niedergesetzte (oben erwähnte) Unterausschuß habe besonders durch die Inauguration einer selbständigen kanadischen und australischen Flottenpolitik eine große Bedeutung gewonnen. Der Besuch Lord Kitcheners in Australien und Neuseeland habe dem Geist der Selbstverantwortlichkeit in Wehrkraftsfragen in jenen beiden großen Dominions einen neuen Anstoß gegeben. Das Ziel der ganzen britischen Wehrkraft sei natürlich „nicht Angriff, sondern Verteidigung, Versicherung gegen Verlust und Zerstörung des ungeheuren sozialen und materiellen Interesses, zu dessen Pflgern wir berufen sind.“ Er schlug vor, daß die Spezialfragen der Wehrkraft in dem Komitee „of Imperial Defence“ beraten werden sollten, dem die erfahrensten Mitglieder angehören sollten und in dem die Dominions durch ihre ersten Minister sowie durch den Fachminister vertreten seien. An dessen erster Sitzung werde der Minister des Auswärtigen Sir Edward Grey teilnehmen.

Sir Wilfrid Laurier antwortete; er erinnerte graziös an die lebenswürdige Aufnahme 1907, an die damaligen pessimistischen Erwartungen, die sich als ungerechtfertigt erwiesen hätten. Bedeutungsvoll sei die Ausgestaltung der früher nur gelegentlicher Konferenz zu der periodischen Reichskonferenz „zwischen der Regierung Sr. Majestät des Königs im Vereinigten Königreich und den Regierungen Sr. Majestät des Königs in den Dominions jenseits der See“. Dann feierte der Redner mit schönen aber äußerlichen Wendungen den Nutzen der Konferenz und die günstigen Verhältnisse der Dominions. „Ich bin in der glücklichen Lage, ein Land zu vertreten, das keine

Beschwerde zu führen und wenig Wünsche vorzutragen hat. Wir sind mit unserem Lose ganz zufrieden. Wir sind glücklich und gedeihen.“

Dann sprach der australische Premier und eröffnete bereits die Aussicht, daß Reichskonferenzen nicht bloß im Mutterlande, sondern auch in den Hauptstädten der Kolonien stattfinden würden. Er berührte die Suez-Kanal-Gebühren und die Berichterstattung über den Handel. Hinsichtlich der Reichsverteidigung sympathisierte er vollständig damit, daß sie einen defensiven Charakter tragen und der Erhaltung der Freiheit und der Zivilisation dienen sollte. „Wir wünschen Ihnen in der Bewahrung all der Ehre und Größe des Landes zu helfen und alles zu tun, was wir können, um freundschaftlich mit Ihnen zusammenzuwirken, während wir unsere Küsten nach Möglichkeit schirmen.“

Sir J. G. Ward. Neuseeland widmete seine Rede hauptsächlich dem verstorbenen englischen Premier Sir E. Campbell-Bannerman.

General Botha, der Repräsentant des noch jungen Einvernehmens zwischen Engländern und Buren in Südafrika, sprach kurz. „Wir (Südafrikaner) sind dankbar, Ihnen versichern zu können, daß in unserem, vorher von so viel Zwietracht zerrissenen Lande, wo so viel Tränen und so viel Blut geflossen, jetzt Eintracht und Harmonie herrschen. Beide Bestandteile der Bevölkerung haben zusammen gewirkt, um jene vielersehnte Verbindung zu erlangen und wir können sagen, daß unser erstes Parlament bewiesen hat, daß wir reif für die Union sind. Wir haben nicht nur geeinte Länder, sondern auch geeinte Herzen. Wir sind in Südafrika mit neuer Hoffnung und neuem Mut erfüllt und wir blicken mit größtem Vertrauen in die Zukunft. Alle Südafrikaner wirken jetzt loyal zusammen für die Entwicklung unseres Anteils an dem britischen Weltreich und auf die Schaffung eines gesunden und starken jungen Volkes, auf das das Reich stolz sein kann. Meine Kollegen und ich sind stolz darauf sagen zu können, daß wir alle Teile unseres Volkes vertreten; sie werden dem Verlauf dieser Konferenz mit dem größten Interesse folgen.“ — Es ist beachtenswert, daß dieser ehemalige Burengeneral von allen Kolonialrednern die herzlichsten Worte fand.

Endlich sprach noch der neufundländische Premier in ähnlichem Sinne wie seine Vorredner. Dann nahm man einstimmig eine Huldigungsadresse an den König an. Neuseeland beantragte darauf die Zulassung der Presse zu den Verhandlungen, zog den Antrag jedoch zurück, nachdem ihm von allen Seiten eingewandt worden, daß die Redner sich alsdann eine viel größere Zurückhaltung aufliegen würden, als wenn sie wüßten, daß alles im Rahmen der Vertraulichkeit bleibe. Nur ein kurzer Abriß von den Verhandlungen sollte täglich der Öffentlichkeit übergeben werden. Das ist geschehen und hernach als Blaubuch zusammengefaßt.

Selbstverständlich darf man an solche festliche Eröffnungsreden nicht den Anspruch machen, daß sie rückhaltslos den letzten Gedanken wiedergeben. Aber es ist doch gut, aus dem allgemeinen Charakter

zu entnehmen, daß die Schwierigkeiten zwischen England und den Dominions nichts mit sachlichen Differenzen zu tun haben; kein materieller Zank, keine Konkurrenz-Kollisionen oder dgl. liegen ihnen zugrunde, keine ethischen oder religiösen Meinungsverschiedenheiten; keine Spur von festgerosteter Abneigung. Im Gegenteil, die Bothasche Rede beweist, daß selbst über Südafrika eine Atmosphäre der Friedfertigkeit ausgebreitet ist. Ob diese ewig dauern wird, ist eine Sache für sich, wenn sie einst anderen Gefühlen Platz machen wird, was ja möglich ist, so dürfte das ganz andere Ursachen haben als die Frage: wie organisiert man das britische Weltreich. Nur diese letztere erregt die Gemüter. Zukunftsfragen! Man möchte eine Organisation finden und doch glauben sich die Glieder nicht binden zu können.

Gleich in der ersten Sitzung stellte Mr. Ward von Neuseeland, das an imperialistischen Gedanken die führende Rolle behält, den folgenden Antrag:

„Das Reich hat jetzt ein Stadium von Reichsentwicklung erreicht, das es ratsam macht, einen Reichsstaatsrat (Imperial Council of State) zu errichten mit Vertretern aller selbstregierenden Teile (!) des Reiches, der in Theorie und Tatsachen der Reichsregierung einen Beirat bildet über alle, die Interessen Sr. Majestät überseeischer Besitzungen betreffenden Fragen.“

In umfassender Rede entwickelte dieser Vertreter eines in seiner inneren Verwaltung stark der Sozialdemokratie zuneigenden Gemeinwesens seine Gedanken. Er stellte als Ziele auf: 1. Einheit des Weltreichs; 2. organisierte Wehrkraft des Reiches; 3. gleiche Verteilung der Last der Wehrkraft über das ganze Reich; 4. Vertretung der überseeischen Selbstverwaltungskolonien in einem Reichsparlament für die Wehrkraft zum Zweck der Entscheidung über Krieg und Frieden, der Bestimmung der Kosten der Wehrkraft, der internationalen Verträge, soweit sie das Reich angehen und ähnlicher Dinge, die einem solchen Parlament übertragen werden mögen. — Das war also die Wiederaufstellung des Chamberlainschen Plans in allerbesten Form! Und sie war geradezu begründet mit den an verschiedenen Stellen auftretenden entgegengesetzten Bestrebungen. — Der Redner verwies auf das außerordentliche Wachstum der Dominions, deren Einwohnerzahl er auf mindestens 13 Millionen schätzte (was noch um fast 1,4 Millionen hinter der von uns oben erwähnten Zahl zurückbleibt). Kanada wachse jährlich um 650—700 000 Seelen an, seine Bevölkerung belaufe sich gegenwärtig auf 8 Millionen (gegenüber der oben angeführten amtlichen Zählung von ca. 6 Millionen im Jahre 1906, welche Zahl heute natürlich weit überholt ist. Aus dem Blaubuch hat man diese Zahlen weggelassen). In 25 Jahren werde Kanada 30 bis 40 Millionen haben. In den anderen Dominions gehe es nicht so schnell, aber in 25 Jahren würde die Gesamtheit

mehr Einwohner haben als das Vereinigte Königreich. Wie werde dann unter dem Zustrom fremder Rassen die Rasse sein? Welche Erfahrung machen hierin neuerdings die Vereinigten Staaten! Diese seien nur noch halb angelsächsisch. Andere Elemente finde man in der Bevölkerung New Yorks zu 80%, Chicagos zu 66%. Die Vereinigten Staaten hätten jetzt 100 Millionen (in Wahrheit 91), Kanada, das eben so groß sei, könne auch 100 Millionen bergen. (Dabei vergißt der Redner, daß ein sehr großer Teil Kanadas aus klimatischen Gründen zu vollständiger Ertraglosigkeit verdammt ist.) Südafrika könne ebenfalls 100 Millionen Seelen haben, desgleichen Australien. Neuseeland schätze er auf mehr als 40 Millionen. (Wie in Kanada die vereisten Teile, so müßten in Südafrika und Australien die regenlosen oder ganz regenarmen Gebiete abgerechnet werden; sie sind von ungeheurer Ausdehnung.) Es sei keine Übertreibung, daß die drei großen Dominions fähig seien, 300 Millionen Einwohner mit größerem Komfort auszustatten, als gewisse übervölkerte Länder bieten könnten. Jetzt gehe die Auswanderung aus dem Mutterlande diesem verloren, es könne aber sich die Menschen erhalten, wenn es sie in die Dominions leite.

Die ungeheuerlichen Übertreibungen des Redners liegen zu sehr auf der Hand, um hier einer Richtigstellung zu bedürfen. Sie haben seiner Sache sehr geschadet. Die folgende Sitzung, am 25. Mai, war in ihrem ersten Teil ebenfalls noch ihr gewidmet; er selber trat abermals als Verteidiger auf, während die Vertreter Englands und aller anderen Dominions seine Gegner waren. Sir J. G. Ward verlangte aufs Neue Einheit in der Wehrkraft, und zwar nur zur See, denn zu Lande könnten die Dominions sich selber helfen. Neuseeland z. B. könne 80 000 ausgebildete Leute stellen. Aber die Seemacht sei den Anforderungen nicht gewachsen. Die einzelnen Dominions sollen durchaus nicht bevormundet werden. Wenn man nur die Kräfte zusammenfasse, so sei der Friede der Welt auf Generationen hinaus gesichert. — Fisher fragte, ob der verlangte Imperial Council gesetzliche Macht zum Zwang haben sollte. Laurier faßte diesen so auf, daß er Macht haben solle, Beiträge auszuschreiben, die von den verschiedenen Dominions anerkannt werden müßten; dem würde er sich erstlich widersetzen. Asquith sagte, daß die neue Behörde anscheinend die Macht haben solle, Lasten und Politik widerstrebenden Gemeinwesen vorzuschreiben. — Ward präzisirte nun näher. Je 200 000 Seelen sollten einen Vertreter auf 5 Jahre wählen, England 220, Kanada 37, Australien 25, Südafrika 7, Neuseeland 6, Neufundland 2. Das Mutterland und jede Dominion solle je 2 Mitglieder auswählen, die in den Imperial Court of Defence träten. — Asquith wies darauf hin, daß dann das Mutterland 2, die Dominions 10 Mitglieder zu deputieren hätten. — Dann kam Ward, dessen Ideen an Klarheit offenbar keinen Überfluß hatten, mit dem Vorschlag, daß ein Exekutivrat aus 15 Mitgliedern einzusetzen sei, dem wieder allerlei Befugnisse für das ganze Reich zu übertragen seien. Steuern solle er in den ersten 10 Jahren nicht ausschreiben dürfen, wohl aber

den von jeder Dominion zu leistenden Beitrag. Ein Beitrag von 10 Shilling pro Kopf sei in Aussicht zu nehmen, so daß bei der Gesamtbevölkerung von 13 Millionen Weißen in den Dominions diese 6½ Millionen Pfd. Sterling aufbrächten. Dafür könnten jährlich 3 Dreadnoughts gebaut werden. Oder man könne das nötige Geld borgen, um 25 Dreadnoughts auf einmal zu bauen. — Asquith fragte, was die britische Regierung tun solle: habe sie mit auswärtigen Regierungen zu verhandeln und dann, wenn ein Bruch drohe, die Entscheidung der neuen Behörde zu unterbreiten? — Ward antwortete, daß der Exekutivrat dem Imperial Parliament of Defence verantwortlich sei. — Laurier legte dar, daß die Resolution Wards eine beratende Behörde verlange, seine Argumentation jedoch etwas völlig anderes: einen Exekutivrat mit sehr weitgehenden Befugnissen. Der Gedanke sei unhaltbar. Dem stimmten Fisher und Botha zu. Dann nahm Asquith das Wort zu einer umfassenderen Darlegung, wobei er mitteilte, daß er kurz zuvor eine Adresse aus angesehensten Kreisen erhalten habe, die ebenfalls eine beratende Körperschaft verlange, um das Ziel eines engeren Anschlusses der Dominions an das Mutterland zu erreichen. Es sympathisiere lebhaft damit, erinnere aber daran, daß die Neuerung von dem einmütigen Sinn der Dominions ausgehen müsse. Für Sir J. G. Wards Plan habe sich keine erklärt. Dessen Ausführung würde auch die Autorität der kaiserlichen Regierung in auswärtigen Angelegenheiten gänzlich zerstören. Es könne nicht gebrochen werden mit dem altenglischen Grundsatz, daß jeder Herr in seinem Hause sei und daß aus lauter selbständigen Einheiten sich das Ganze aufbaue. Die Verantwortlichkeit der Reichsregierung gegenüber dem Imperial Parliament könne nicht geteilt werden, das Nebeneinander einer solchen Reichsregierung mit der Regierung des Vereinigten Königreichs würde dem gegenwärtigen System der Verantwortlichkeit verhängnisvoll sein. Namens der englischen Regierung könne er einem so umwälzenden Plan nicht zustimmen. — Nach einer nochmaligen Rede zog Ward seinen Plan zurück.

Am Nachmittag hielt Sir Edward Grey bei verschlossenen Türen den angekündigten vertraulichen Vortrag über die Lage der auswärtigen Politik. An demselben Tage sandte Mr. Chamberlain aus Anlaß eines Jubiläums einem australischen Redakteur einen Brief, in dem er als seine Überzeugung aussprach, daß die Zollreform in England bald zur Verhandlung kommen werde und daß die Dominions den interessantesten Teil von Englands zukünftiger Entwicklung bilden würden. Näheres verriet er nicht.

Wenn die Verhandlung bestimmt gewesen wäre darzutun, wie wenig Aussicht auf Gestaltung eines bestimmten Planes für die Organisation des Weltreiches sich bis jetzt eröffnet hat, so hätte sie ihren Zweck volllauf erfüllt. Es ist offenbar gar nichts dabei herausgekommen, das muß auch die „Times“ zugeben, so sehr sie sich bemüht, die treffliche Gesinnung des neuseeländischen Premiers herauszustreichen. Drastischer spricht sich der „Standard“ aus.

Er greift das Wort von Asquith auf, daß die von Ward gewünschte Einrichtung einzelnen Teilen des Reiches Entschlüsse und Kosten aufdrängen werde, zu denen sie gar nicht bereit seien. Man möge einmal an eine nur wenige Jahre zurückliegende Krisis denken. Das Blatt spielt auf die von Rußland aus Anlaß der bosnischen Frage gewünschte Erlaubnis, über den Widerspruch der Türkei gegen die Durchföhrung der Dardanellen und des Bosphorus mit Kriegsschiffen hinwegzugehen, an, die bekanntlich von England versagt wurde. Wenn es darob zu einem Kriege mit Rußland gekommen wäre, so hätten die britischen Kolonien am Stillen Ozean mit feindlichen Handlungen russischer Kriegsschiffe zu rechnen gehabt. Der Anlaß des Streits würde ihnen völlig gleichgültig gewesen sein. Was fragten sie nach der Dardanellenschiffahrt. Zur Übernahme von Kosten wären sie ebensowenig geneigt gewesen, obwohl sie doch durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogen wären. — Uns scheint, das Wardsche Schema ist so vollständig ad absurdum geführt, daß man sich nicht dabei aufzuhalten braucht.

Die Nachmittagssitzung vom 25. Mai galt im übrigen der rein behördlichen Organisation des Kolonialamts, wobei wieder neuseeländische Anträge den Faden abgaben. Seit 1907 ist das Kolonialamt in eine Abteilung für die Selbstverwaltungskolonien und eine für die Kronkolonien zerlegt, jedoch stehen beide unter einem gemeinsamen Unterstaatssekretär. Neuseeland will jeden Zweig einem besonderen Unterstaatssekretär unterstellen und dem jetzigen Staatssekretär für die Kolonien (Kolonialminister) den Titel: „Staatssekretär für Reichsangelegenheiten (Secretary of State for Imperial Affairs) verliehen wissen. Alle Fragen, die die Dominions angehen, sollen dem betr. Unterstaatssekretär überwiesen werden, damit dieser sich darüber mit den Vertretern der Regierungen der Dominions in Verbindung setze, namentlich sollen letztere zu allen Fragen der Reichsverteidigung zugezogen werden, sofern sie die Dominions angehen. Auch sollen die Vertreter der Dominion-Regierungen eingeladen werden, mit dem Minister des Auswärtigen über die sie angehenden Fragen ausländischer Industrie, ausländischen Handels und ausländischer Sozialpolitik zu beraten. Die Vertreter der Dominion-Regierungen (High-Commissioners) sollten die einzigen Verbindungskanäle für diese Geschäfte sein. — Südafrika dagegen beantragte, daß alle Angelegenheiten der Dominions sowie auch das dauernde Sekretariat der Reichskonferenz dem englischen Minister des Auswärtigen unterstellt würden.

Die Londoner Regierung betonte, daß die Trennung des Kolonialamts in der gewünschten Richtung bereits vollständig sei, jedoch ein gemeinsamer Unterstaatssekretär an der Spitze beider stehe; noch weitere Zerlegung sei vom Übel. Sie werde jedoch den Wünschen Neuseelands entgegenkommen, wenn die Konferenz dringend dafür eintrete. Übrigens sei bisher schon dafür gesorgt, daß die Regierungen der Dominions alles erföhren. Sir J. G. Ward (Neuseeland) verfoecht demgegenüber wieder den dringenden Wunsch nach einer besseren

„organischen Maschinerie“. — Namens Kanadas erklärte Sir W. Laurier, man sei mit dem gegenwärtigen System ganz zufrieden; wenn jedoch andere Dominions eine solche Einrichtung forderten, werde man nicht widersprechen. Mr. Fisher (Australien) äußerte ebenfalls Bedenken. Die Stellung der High-Commissioners würde unsicher und schlecht abgegrenzt sein, es würde scheinen, als bilde sich aus ihrer Gesamtheit eine Art ständiges Komitee für die Dominions heraus, dem man leicht eine beratende Autorität zuschreiben könne. Mr. Harcourt (Kolonialminister in England) warf ein, daß er niemals daran gedacht habe, ein solches Komitee könne Beschlüsse fassen. Fisher meinte ebenfalls, die bestehende Einrichtung habe sich bewährt, wenn auch hier und da gebessert werden könne. Mr. Malan (Südafrika) führte aus, daß sein Antrag nicht aus Unzufriedenheit mit dem Bestehenden hervorgehe, sondern aus dem Wunsche, die Stellung der Dominions zu heben. Mr. Morris (Neufundland) erklärte sich durchaus zufrieden. Mr. Harcourt sagte, der Titel „Staatssekretär für Reichsangelegenheiten“ sei offenbar unpassend für ein Amt, dem Indien nicht unterstellt sei. Es müsse etwa heißen: „Staatssekretariat für die Dominions, Kronkolonien, Protektorate und sonstigen Besitzungen“. Übrigens könne es nur durch die Gesetzgebung beschlossen werden. — Die Entscheidung wurde aufgeschoben und fiel am 8. Juni dahin, daß der Antrag zurückgezogen wurde.

Es liegt auf der Hand, daß die Entscheidung über Fragen dieser Art den Kern der Sache gar nicht berührt. Kommt man zu einer neuen Organisation des Weltreiches, so erledigen sie sich von selbst. Wenn nicht, so ändern sie nicht viel an dem Stand der Dinge.

Die dritte Sitzung fiel auf den 1. Juni und galt zunächst der „Londoner Deklaration“, jener Abmachungen über das Seekriegsrecht, die, hervorgerufen durch die auf der zweiten Internationalen Friedenskonferenz im Haag beschlossene, aber noch nicht ausgeführte Einsetzung eines internationalen Oberpreisengerichtshofes, auf der Internationalen Konferenz in London im Winter 1908/09 beschlossen waren, jedoch ebenfalls noch nicht ratifiziert sind. Vor Inkraftsetzung mußte England sein Prisengesetz ändern; eine derartige Vorlage war dem Parlament zugegangen, jedoch dort nicht zur Erledigung gelangt. Die Londoner Deklaration hatte in England, hauptsächlich im Lager der unionistischen Partei, lauten Widerspruch erfahren, woran sich Handels- und Schiffahrtskreise und namentlich die Kriegsmarine ohne Rücksicht auf die Partei beteiligt hatten; jedoch waren auch unionistische Kreise zum Teil für die Neuerung. Die wichtigsten Bestimmungen betreffen die Blockade und die Kriegskonterbande. Jene blieben unbeanstandet, dagegen erregte es einen Sturm der Entrüstung, daß Lebensmittel als relative Konterbande gelten sollten. Man übersah vollständig, daß England von jeher so verfahren hatte und daß ohne die Londoner Deklaration das Gleiche geschehen kann. Ferner beanstandete man, daß neutrale Schiffe mit Konterbande (namentlich

mit Lebensmitteln) auf offenem Meer ohne Prisengericht durch Kriegskreuzer sollten zerstört werden können, und endlich, daß Handelsschiffe auf offenem Meere sollten in Kriegsschiffe verwandelt werden können — ebenfalls Dinge, die nicht erst durch die Deklaration geschaffen werden, sondern schon jetzt Rechts sind. Die Opposition entsprang wohl dem Wunsche, die bestehende englische (antiunionistische) Regierung zu verdächtigen, als lasse sie es an Fürsorge für englische Handels- und Schifffahrtsinteressen und namentlich für die Sicherheit der Ernährung Englands fehlen. Man setzte nun seine Hoffnungen auf die Dominions und ihre sehr starken imperialistischen Gefühle; die Reichskonferenz sollte sich mit dem nicht geringen Gewicht ihres Votums auf die Seite der Opposition stellen.

Es hatte sich denn auch eine der vertretenen Regierungen bereit gefunden, die Sache zur Sprache zu bringen, wobei das Mißvergnügen darüber, daß England diese, auch die Dominions so sehr angehende Sache allein entscheiden wolle, erheblich mitspielen sollte. Mr. Fisher (Australien) beantragte eine Resolution, die das Bedauern der Versammlung ausspricht, daß die Dominions nicht vorher um ihre Meinung befragt seien, und ferner es für nicht wünschenswert erklärt, daß England den Artikeln 24, 48 und 54 der Londoner Deklaration zustimme. — In der Begründung hob eins der australischen Mitglieder hervor, daß die Dominions an dieser Frage stark beteiligt seien. Habe doch Australien, abgesehen von seinem sehr bedeutenden Küstenhandel, einen überseeischen Handel von etwa 130 Millionen Pfund jährlich; pro Kopf der Bevölkerung habe es einen größeren Handel als irgend ein Land. Wenn es ein unabhängiges Land sei, wie viele kleinere Länder es seien, so wäre es auch befragt worden. Jetzt aber habe es nur durch ein von der englischen Regierung dem englischen Parlament vorgelegtes Blaubuch davon erfahren. Man (Australien) gebe gern zu, daß im Weltreich nur eine einzige auswärtige Politik betrieben werden und nur eine einzige letzte Autorität gelten könne; das schließe die Möglichkeit irgend einer Art von Beratung jedoch nicht aus. Die Ausdrücke der Deklaration seien zum Teil sehr unbestimmt. Was bedeute z. B. im Art. 34 der Ausdruck „Feind“: feindliches Volk oder feindliche Regierung? Was bedeute „maritimer Stützpunkt?“ usw. Wenn auch kriegführende Mächte sich wohl hüten würden, zu einer Massenzerstörung neutraler Prisen überzugehen, so würden doch wohl die Lebensmittelpreise beeinflusst werden, in England sowohl wie in Australien.

Der Minister des Auswärtigen, Sir Edward Grey, ging ausführlich auf die Sache ein und verteidigte die Deklaration, die aus ganz entgegengesetzten Gründen angegriffen werde. Die Einen tadelten, daß England, die stärkste Seemacht, sich überhaupt auf internationale Bindung eingelassen habe, die andern, daß fremde Mächte so unvollständig gebunden seien. Indes sei dies nicht erst jetzt geschehen, sondern schon durch die Deklaration von Paris (1856). Die Klage,

daß England einigen nachteiligen Paragraphen zugestimmt habe, sei unberechtigt, denn der frühere Rechtsstandpunkt habe niemand gebunden als England selbst. Bezüglich der Frage, ob Nahrungsmittel Konterbande sein könnten, habe ein wahres Chaos geherrscht. Das nationale Prisengericht eines Kriegführenden sei doch keine geeignete Instanz für einen geschädigten Neutralen. Die Undeutlichkeiten der Bestimmungen, die fremde Mächte sich zunutze machen könnten, kämen auch England zugute. Die ganze Frage, ob Nahrungsmittel in neutralen Schiffen Konterbande sein könnten, sei nicht so wichtig, denn wenn England seine eigene Flagge auf den Meeren nicht schützen könne, werde es doch auf die Knie gebracht. Vollkommene Erfüllung versprach Sir Edward dem Verlangen nach vorheriger Mitteilung derartiger Angelegenheiten an die Regierungen der Dominions. In der Vergangenheit seien sie nicht erfolgt, in Zukunft werde den Regierungen sicher rechtzeitig Gelegenheit gegeben werden, ihre Ansichten auszusprechen. — Sir W. Laurier betonte, es sei ein sehr weitreichender Vorschlag, daß die Dominions betreffs der von der Regierung des Mutterlandes abzuschließenden Verträge befragt werden sollten. Betreffs Handelsverträgen sei die Praxis schon festgestellt, daß die Dominions ohne ihre Zustimmung nicht eingeschlossen werden könnten. Wegen anderer Verträge diese letzteren befragen zu sollen, würde der Regierung schwierig sein, zumal die Dominions verschiedene Ansichten haben könnten. Und daran schloß Sir Wilfrid höchst bedeutsame Aussprüche, die hier nach dem Blaubuch wörtlich wiedergegeben zu werden verdienen: „Obgleich das Weltreich eine Familie von Nationen sei, so müsse doch der größte Teil der Last von den Schultern der Regierung des Vereinigten Königreichs getragen werden, und es gehe zu weit, wenn man sage, daß unter allen Umständen die Regierungen der überseeischen Dominions befragt werden müßten. Wenn eine Dominion darauf bestände, gefragt zu werden in Dingen, die auf einen Krieg hinauslaufen könnten, so würde das die Notwendigkeit in sich schließen, an dem Kriege teilzunehmen. Er denke, im allgemeinen werde es besser sein, die Angelegenheit gänzlich dem Ermessen der heimischen Regierung zu überlassen.“ — Wir werden weiterhin sehen, welche Diskussion sich an diese Worte geknüpft hat. — „Was die Deklaration von London anbelange, sagte Laurier weiter, so sei sie in der Tat ein ungeheurer Schritt zugunsten der Schiedsgerichte zwischen Nationen, und insofern sei Kanada sehr dafür. Wenn Sir E. Grey die Schiedsgerichtsverhandlungen mit Amerika zu einem erfolgreichen Schluß bringen könne, so würde das einer der größten Erfolge seiner Laufbahn sein, aber ein solcher Schluß würde vielleicht verhindert werden können, wenn die Londoner Deklaration nicht ratifiziert würde, und das scheine ihm ein überwältigender Grund zu sein, weshalb die Dominions die Reichsautoritäten hierin unterstützen sollten.“

Ward (Neuseeland) sagte, er sei nach ernster Erwägung zu dem Schluß gekommen, daß unter der Deklaration die Nahrungsmittel nicht so vielen Gefahren ausgesetzt sein werden wie jetzt, und daher sollte sie unterstützt werden. Der Gedanke eines internationalen Oberpreisengerichtshofes, in welchem stets die Neutralen die große Mehrheit haben würden, sei ein großer Fortschritt gegen die nationalen Preisengerichte. Notwendig sei die große Überlegenheit der englischen Kriegsflotte. Sein Kollege Findlay führte noch aus, daß, je mehr man die Deklaration studiere, desto mehr der Vorteil für England hervortrete.

Am folgenden Tage wurde die Diskussion fortgesetzt. Botha (Südafrika) sprach sich nochmals warm für die rechtzeitige Zurateziehung der Dominions aus, wollte aber nicht die Reichsregierung binden, solches immer zu tun. Die Deklaration selber erachte er als einen Vorteil für das Reich. Wenn sie Geltung erlange, werde es nicht nur möglich sein der südafrikanischen Union über Delagoa-Bay Nahrungsmittel zuzuführen, sondern auch über die meisten Häfen der Union selbst. — Auch Morris (Neufundland) stimmte zu. — Fisher (Australien) betonte nochmals, daß die Resolution die Londoner Regierung nicht habe verletzen sollen, und ersetzte sie dann durch eine andere, die den Widerspruch gegen die Londoner Deklaration ganz fallen ließ und nur nochmals das (bereits im voraus zugesagte) Verlangen nach rechtzeitiger Mitteilung solcher Fragen an die Dominions aufstellte. In dieser Fassung wurde sie einstimmig angenommen.

Dagegen stellte Ward nun zum Antrag, daß die Konferenz nach gründlicher Erwägung die Ratifikation der Deklaration von London billige. Auch dies wurde angenommen, wobei sich Australien der Abstimmung enthielt.

Mit der Frage der engeren Organisation des britischen Weltreiches hat die Deklaration von London nur sehr indirekt etwas zu schaffen. Für uns ist hier nur von Wichtigkeit, daß es der englischen Opposition nicht gelungen ist, diesen Anlaß auszunutzen, um die Dominions im imperialistischen Sinne gegen die vermeintlich nicht genügend imperialistische liberale Regierung auf die Beine zu bringen. Bald darauf hat denn auch das englische Unterhaus die Naval-Prize-Bill genehmigt, so daß die Ratifikation der Londoner Deklaration durch England und alsbald auch durch die anderen Teilnehmer in Aussicht steht.

Von nun an wendeten sich die Verhandlungen fast ausschließlich Dingen zu, die vom Standpunkt der Reichspolitik mehr oder minder ratsam sein mögen, mit der allbeherrschenden Frage der politischen Organisation des Weltreiches kaum noch in Verbindung stehen.

Zuerst — auch noch am 2. Juni — beantragte Australien, es sei in allseitigem Interesse, daß britische Waren und britische Schifffahrt möglichst unterstützt würden. Andere Länder zahlten ihren Dampferlinien Subventionen.

Buxton, Mitglied der englischen Regierung, widersprach. Die Sache müsse auch betrachtet werden aus dem Gesichtspunkt des Interesses der englischen Reederei über alle Teile der Erde. Auch der britische Handel werde stark und nachteilig davon berührt. Die Verhältnisse hätten sich übrigens für britische Schiffe, die mit englischen Untertanen bemannt seien, abgesehen von der Frage der Hautfarbe, wesentlich gebessert. Sir Wilfrid Laurier erinnerte an Verträge, die schon lange in Kraft seien. Später habe England bekanntlich den Dominions Freiheiten gelassen. Jetzt könne man kaum von England verlangen, daß es Verträge kündige, die zu seinem Vorteil gereichten. Er beantragte, um Australien entgegenzukommen, die Regierung möge Verhandlungen mit den fremden Regierungen eröffnen, um einzelnen Dominions, die solches wünschten, volle Aktionsfreiheit zurückzugeben, ohne daß die betr. Verträge im übrigen erschüttert würden. — Die Beschlüsse wurden über die beiden wenig miteinander zu schaffen habenden Gegenstände bis zum 16. Juni aufgeschoben und dann in Verbindung mit der All-red-mail-route erledigt.

Ferner beantragte Australien, es möge allseitige Aufmerksamkeit auf die bestehenden Schifffahrtsgesetze im Reich wie in anderen Ländern gerichtet werden, um Gleichmäßigkeit in der Behandlung der britischen Schifffahrt zu sichern, unfaire Konkurrenz durch subventionierte fremde Schiffe zu verhindern, die Anstellung britischer Seeleute auf britischen Schiffen zu fördern und die Stellung der auf solchen Schiffen angestellten Seeleute zu heben. Pearce (Australien) erinnerte daran, daß Australien, als es ein Schifffahrtsgesetz habe erlassen wollen, vom Handelsamt daran erinnert sei, daß die Schifffahrts-Akte von 1894 fürs Reich in Geltung sei. Gleichwohl habe keine Dominion zugestimmt, daß ein solches Reichsgesetz den Landgesetzen der Dominions in ihren eigenen Gewässern vorgehe. Australien wünsche nicht, britische Reeder nachteiliger zu stellen als fremde, aber es müsse auch sorgen, daß seine eigenen Reeder nicht zugunsten britischer benachteiligt würden. Buxton (England) erinnerte daran, daß das Handelsamt die Gesamtinteressen des Vereinigten Königreichs zu berücksichtigen habe. Der kanadische Minister für Marine und Fischerei, Mr. Brodeur, sagte, daß die Dinge in Kanada seit 1894 chaotisch seien. Das Schifffahrtsgesetz von 1894 möge geändert werden, um den Dominions absolute Gewalt zu geben, mit der Sache zu verfahren.

Ward (Neuseeland) kam dann auf die Anstellung farbiger Mannschaften, die mit weißen Seeleuten konkurrierten. Er werde alles aufbieten, um solche Konkurrenz zu hindern. Britische Seeleute in Neuseeland hätten Frau und Familie am Lande zu ernähren mit Löhnen, wie sie Farbige erhielten. Den Dominions müsse volle Freiheit bleiben, über solche Dinge so zu verfügen, wie sie es im Interesse weißer Mannschaften für geboten erachteten; alles, was die Navigation betreffe, müsse darin eingeschlossen sein, auch das Verbot der Verwendung Farbiger. Einigen Gesetzen dieser Art habe die Reichs-

regierung zugestimmt, anderen nicht; man möge den Dominions alles überlassen.

Buxton (England) änderte die Resolution dahin ab, daß sie etwas lockerer nur die Aufmerksamkeit der Regierungen auf diesen Punkt lenkte, worauf sie einstimmig angenommen wurde. — Offenbar hat man diesem heiklen Gegenstand damit nur ein Begräbnis erster Klasse bereitet.

Daran schloß sich eine Debatte über die Einrichtung von Arbeitsnachweisen über das ganze Reich. Hier war der Präsident des englischen Handelsamts, Buxton, der Antragsteller, er fand den Widerspruch eines Teiles der Kolonialen. Australien betonte, daß solche staatliche Nachweise sehr verfehlt sein würden, denn wenn auf die Meldung einer starken Nachfrage nach Arbeitskräften solche nach Australien kämen, könne die Konjunktur ins Gegenteil umgeschlagen sein. Kanada könne nicht wünschen, daß die Einwanderung künstlich gefördert werde. Neuseeland war auf der Seite des Antrags, erinnerte indes daran, daß es die Regelung der Einwanderung längst staatlich in die Hand genommen habe. Südafrika sagte, daß sein Arbeitsmarkt voll besetzt sei; es brauche Landwirte, aber keine gewöhnlichen Arbeiter, alles komme auf die Auswahl an. Neufundland stimmte der Resolution zu, doch wurde diese durch Zurückziehung begraben.

Ohne nennenswerte Debatte stimmte man einer Resolution Neuseelands zu, daß größere Übereinstimmung in den Gesetzen über Urheberrecht, Patente, Handelsmarken und Handelsgesellschaften wünschenswert sei.

Dagegen mußte eine Resolution Australiens zurückgezogen werden, die auf eine Reform der Gewichte, Münzen und Maße im Sinne des Dezimalsystems abzielte. England opponierte mit Rücksicht auf seine gewohnten Verhältnisse.

Einige ganz nebensächliche Dinge übergehen wir.

Die Konferenz kam dann am fünften Sitzungstage, am 8. Juni, auf die von Neuseeland angeregte Reform des Kolonialamts durch Einsetzung eines ständigen Komitees von „High-Commissioners“ der Dominions in London zurück, worüber man am 25. Mai die Beschlußfassung ausgesetzt hatte. Diesmal hatte der Kolonial-Staatsekretär Mr. Harcourt eine vollständig durchgearbeitete Denkschrift über die Sache vorgelegt, hinauslaufend auf einen Vorschlag, das Amt anders zu organisieren. Aber die Regierung wünsche nicht die Einsetzung eines ständigen Komitees zu fördern, wenn nicht die Konferenz ein solches einstimmig wünsche. Australien und Neuseeland, noch immer das Ziel anstrebend, vertraten es aufs Neue, waren aber bereit, die Einsetzung eines Komitees fallen zu lassen. Die drei anderen Dominions waren dagegen. Laurier wollte kein Zwischenglied zwischen der Regierung des Mutterlandes und der Dominions. Bei der gänzlichen Aussichtslosigkeit der Sache zog Neuseeland den Antrag zurück.

Leicht verständigte man sich über einen Antrag des unermüden Sir J. G. Ward, einen gegenseitigen Austausch von Staatsbeamten betreffend.

Am 9. Juni war der sechste Sitzungstag. Fisher (Australien) wollte die Resolution von 1907 eingeschränkt wissen: es möchten britische Auswanderer ermuntert werden, lieber nach britischen Kolonien als nach fremden Ländern zu gehen. Ein englischer Kommissar teilte Statistisches mit. 1906 sind von 194 671 Auswanderern 105 178 = 54 % nach britischen Besitzungen gegangen. 1910 von 233 944 schon 159 000 = 68 %. Wenn das Wachstum andauere, werde jener Wunsch bald erfüllt sein. Zum Teil sei das der ausgezeichneten staatlichen Beratung zuzuschreiben. Das Auswanderungsamt leiste großartiges. Übertriebene Beförderung sei aber nicht wünschenswert. Letzteres konnten denn auch die Vertreter der Dominions nicht empfehlen. Man erklärte sich von dem statistischen Material und von der in Aussicht gestellten Zunahme des Anteils der britischen Besitzungen an den Zielen britischer Auswanderer auf 80 % vollauf befriedigt. Die Resolution wurde dementsprechend im Wortlaut geändert und dann einstimmig angenommen.

Verhandlungen über die Fürsorge für Arme, Kranke und Hilflose können hier übergangen werden.

Am 12. Juni war der siebente Sitzungstag.

Australien beantragte, daß die jetzige oberste Gerichtsinstanz, das Judicial Committee of the Privy-Council umgestaltet werden möge in ein Reichs-Ober-Appellationsgericht, das auch für Großbritannien und Irland wirke. Neuseeland beantragte eine Resolution, wonach kein Oberappellationsgericht genüge, das nicht auch rechtsgelehrte Vertreter der Dominions enthalte. Für England ist jetzt das Haus der Lords oder vielmehr dessen rechtsgelehrte Mitglieder die höchste Rechtsinstanz. Der Großsigelbewahrer Lord Loreburn schilderte den Sachverhalt und wollte nicht zugeben, daß die Zusammensetzung dieser Instanz geändert werden müsse.

Ausgezeichnete Richter aus den Dominions hinzuzufügen, sei schon jetzt möglich. Wenn diese ihre Wünsche im einzelnen geltend machen wollten, werde das Haus sie möglichst berücksichtigen. Südafrika betonte, daß man dort nicht das Recht habe, an einen Gerichtshof außerhalb Südafrikas zu appellieren. Kanada erklärte sich mit den bisherigen Zuständen zufrieden. Australien änderte seinen Antrag dahin ab, daß die Konferenz, nachdem sie die Ansichten der Regierung gehört habe, diese um baldige Vorschläge bitte. So wurde er angenommen.

Am folgenden Tage lag ein australischer Antrag vor, der die Naturalisation von Fremden im ganzen britischen Reiche betraf, wobei das Recht der Dominions, über lokale Naturalisation Gesetze zu erlassen, nicht beschränkt werden sollte. Neuseeland verlangte mehr Gleichförmigkeit und Südafrika eine Revision des ganzen Gegenstandes. Auf Antrag des englischen

Ministers des Innern, Mr. Churchill, wurde folgendes beschlossen: „1. Das Bürgerrecht im Reiche (Imperial Nationality) sollte umfassend und einheitlich sein, jede Dominion sollte freie Hand behalten, um ihr Bürgerrecht nach Ermessen ihrer Gesetzgebung zu vergeben. 2. Das Mutterland findet es notwendig, fünf Jahre Aufenthalt als Vorbedingung zu bezeichnen. Dies ist ihm wie auch den Dominions notwendig, aber fünf Jahre Aufenthalt in irgend einem Teile des Weltreichs sollten gleichwertig sein mit fünf Jahren im Vereinigten Königreich. 3. Die Gewährung des Bürgerrechts geschieht in jedem Fall nach freiem Ermessen und freies Ermessen sollte auch geübt werden von den Autoritäten in dem Gebiet, wo der Nachsuchende sich die letzten zwölf Monate aufgehalten hat. 4. Das Gesetz sollte so gezimmert werden, daß jede Dominion es annehmen kann. 5. Keiner dieser Vorschläge sollte die Geltung örtlicher Gesetze beeinträchtigen, die jetzt die Einwanderung regeln oder die Gleichheit oder Unterscheidung zwischen Klassen des britischen Weltreichs feststellen.“ — Letzteres soll natürlich den Dominions das Recht lassen, Farbige fernzuhalten.

Am neunten Tage, dem 15. Juni verhandelte man über einen Antrag Neuseelands, der Verbilligung des transozeanischen Kabeldienstes in allen Teilen des Weltreichs anstrebt. Damit sympathisierten natürlich alle, auch die Regierung. Australien empfahl die Verstaatlichung von Kabeln in den Hauptlinien (der all-red-route), d. h. eines weltumspannenden Dienstes, der kein fremdes Territorium berührt, oder aber auch die Legung neuer staatlicher Kabel. Die englische Regierung teilte mit, welche Schritte sie auf diesem Gebiet bereits getan. Es handle sich um eine Kapitalanlage von 10 Mill. Mark allein für das pazifische Kabel, und um jährliche Kosten von 1 Mill. Mark, wovon vielleicht nur die Hälfte an Gebühren einkommen. Sie beantragte, es sei die Beratung der Legung eines eigenen Kabels zwischen England und Kanada durch eine Subkommission wünschenswert, falls die transatlantischen Telegramme nicht bald verbilligt würden. Zugunsten dieses, alsbald angenommenen Antrags wurden die anderen Vorschläge zurückgezogen.

Ähnlich leicht verständigte man sich über den Vorschlag Neuseelands, daß die große Wichtigkeit der drahtlosen Telegraphie für soziale, wirtschaftliche und militärische Zwecke es wünschenswert mache, daß ein dem Staate gehöriges Netz derartiger Stationen im ganzen Reiche errichtet werde.

Sodann einigte man sich über die Empfehlung eines internationalen Penny-Portos für alle Länder des Weltpostvereins oder wenigstens eine Annäherung daran. Auch das Institut der Postanweisungen wollte man innerhalb des Reiches gefördert und ausgedehnt wissen.

Am 16. Juni kam die Konferenz auf den wichtigen Gegenstand zurück, dessen Beratung man am 2. Juni abgebrochen hatte, nämlich Lauriers Antrag, die Reichsregierung zu ersuchen, mit den

verschiedenen Mächten, mit denen noch gültige Verträge abgeschlossen seien, die auch die Dominions einschlossen, Verhandlungen zu eröffnen, daß solche Verträge für Dominions, welche ihren Ablauf wünschten, gekündigt werden könnten, ohne im übrigen außer Kraft zu treten. — Laurier verlangte also mehr Freiheit für die Dominions-Regierungen und verwies darauf, daß Australien oder Kanada, falls sie die Einfuhr in britischen Schiffen begünstigen wollten, daran durch die Meistbegünstigungsklausel verschiedener Verträge gehindert würden. Es gebe zwölf Verträge dieser Art. Auch stimmten die Gesetze der Dominions darin gar nicht überein. Statt wirtschaftlicher Einheit herrsche Verschiedenheit. Er verlange dreierlei: 1. Die Dominions sollten die möglichste Hebung ihres Handels mit dem Mutterlande anstreben. 2. Sie sollten sich nicht auf dieses beschränken, sondern es sollte ihnen freistehen, ihren Handel auch mit anderen Völkern zu heben. 3. Das Entgegenkommen, das die Dominions anderen Völkern gewähren, sollte sich nicht nur auf das Mutterland, sondern auch auf die anderen Dominions beziehen. — Die Vertreter aller anderen Dominions wie auch Englands stimmten zu. Sir Edw. Grey bemerkte, daß seit sehr vielen Jahren Handelsverträge nur derart abgeschlossen seien, daß sie für die Dominions nur Geltung erlangten, wenn sie selben zustimmten. — Man änderte noch das Wort Verträge in Handelsverträge und nahm den Antrag einstimmig an.

Eine neue Resolution Australiens, recht platonisch gehalten, empfahl die „Kooperation aller Teile des Reiches im Handel“, auch namentlich zugunsten der britischen Industrie und Schiffahrt. Laurier betonte, daß Kanada immer in diesem Sinne gehandelt habe, wünschte aber, daß die Unabhängigkeit der einzelnen Dominions dabei bekräftigt werde. Darin unterstützten ihn die englischen Minister Harcourt und Asquith. Demgemäß amendiert gelangte nach kurzer Debatte die Resolution zur Annahme.

Die nächste Verhandlung, zugleich den am 2. Juni aufgeschobenen Gegenständen geltend, galt der „All-Red-Mail-Route“, also einer Postverbindung mit Kanada und über Kanada mit Australien und Neuseeland. Ein Postdampferdienst sollte errichtet werden zwischen Vancouver, Fiji, Auckland und Sydney durch erstklassige Dampfer, nicht unter 10 000 Tonnen und 16 Knoten Geschwindigkeit und in Verbindung damit ein Schnelldampferdienst zwischen Großbritannien. Die Subventionskosten sollten auf Großbritannien, Kanada, Australien und Neuseeland verteilt werden. — Neufundland bot freiwillig seine Beteiligung an und verwies darauf, daß die Einfuhr aus England dorthin in den letzten vierzig Jahren von 50 auf 15 % zurückgegangen, die aus den Vereinigten Staaten entsprechend gestiegen sei, mit denen man fast einen täglichen Dampferdienst habe. — Kanada unterstützte die Resolution, aber Australien widerstrebte. Ihm sei es einerlei, auf welcher Route der britische Handel gefördert werde. Diejenige über Suez möchte vielleicht nicht als „all-red“ angesehen werden, aber sie habe zu große Vorzüge, und was Güter

anbelange, so könne der lange, kostspielige Landweg durch Kanada gar nicht in Frage kommen. Mr. Lloyd George sympathisierte mit dem Gedanken, erklärte aber, daß die Kosten einer Verbindung von 21 Knoten Geschwindigkeit einfach unerschwinglich und selbst einer von 18 Knoten enorm seien. Sie sei nur auf Passagiere angewiesen, Waren würden ausbleiben. Neuseeland verwies auf die Zukunft, änderte aber doch den von ihm ausgehenden Antrag dahin ab, daß das Interesse des Reiches die bestmögliche Verbindung über Kanada nach Australien und Neuseeland gebiete. — In dieser sehr platonischen Form wurde der Antrag einmütig angenommen.

Die Konferenz wandte sich dann einer Anregung von Südafrika und Neuseeland zu, es möchte gesorgt werden, daß Einkommensteuer und Erbschaftssteuer von solchen Personen, die im Vereinigten Königreich wohnen und Geschäfte in den Dominions hätten, nicht doppelt erhoben würden. Nach einem eingehenden Exposé des Finanzministers wurden die Anträge zurückgezogen. Dieser teilte mit, daß dies den englischen Finanzen einen Ausfall von jährlich 2 Millionen Pfd. Sterling bringen würde. England habe in überseeischen Ländern etwa 3 Milliarden Pfd. Sterling ausgeliehen; wenn das Einkommen daraus in England steuerfrei werde, so würden die englischen Finanzen in Unordnung geraten.

Südafrika wünschte die Unterstützung aller Regierungen des Reichs gegen die „Combines“ oder „Pools“ der Dampfergesellschaften, die die Frachten willkürlich hoch hielten und dadurch den Handel schädigten. Das ging der englischen Regierung zu weit; sie sei auch gegen solche Verbindungen, aber sie könne sie nicht in Bausch und Bogen verwerfen, sondern nur „soweit sie sich als nachteilig für den Handel erwiesen hätten“. Sie verwies auf die eingehenden Verhandlungen vor einer königlichen Kommission 1906. Kanada hatte nicht über diese Dinge zu klagen, aber um so mehr Australien, das so weit ging, staatliche Dampferlinien zu empfehlen, um den Ring der Reedereien zu brechen. Neuseeland betonte, daß dort Ordnung herrsche; es gebe fünf Dampferlinien für Gefrierfleisch, aber man unterstütze keine, Mißbräuche kämen nicht vor. Wohl gebe es solche in Südafrika, deshalb stimme Neuseeland der (abgeänderten) Resolution zu, die denn auch angenommen wurde.

Am elften Tage, dem 19. Juni, stand wieder ein neuseeländischer Antrag zur Verhandlung, nämlich, daß „die Dominions jetzt einen Stand der Entwicklung erlangt haben, daß sie mit umfassenderen gesetzgeberischen Rechten hinsichtlich britischer und fremder Schifffahrt betraut werden könnten“. Darüber entstand eine bedeutsame, inhaltreiche Debatte. Lord Crewe, der Minister für Indien zog als den Kern der Sache sofort die Frage der Einwanderung Farbiger hervor. Eine vollständige Lösung sei gar nicht möglich, entweder trete man den Dominions oder Indien zu nahe. Er hielt es für möglich, daß die Dominions sich weniger schroff verhielten. Er appellierte an die Regierungen, sie möchten alles tun,

um bei sich die öffentliche Meinung über die allgemeinen Ansprüche der Inder, als loyale Untertanen der Krone rücksichtsvoll und freundlich behandelt zu werden, aufzuklären. Solange keine angenehmen Beziehungen zwischen den Dominions und Indien erzielt seien, sei man von dem Ziel eines geeinten Reiches weit entfernt. Wenn die Dominions sich zu einer freundlichen Gesinnung gegen Indien bequemen wollten, so würde das in Indien dankbar anerkannt werden und zur Hebung aller Schwierigkeiten beitragen. Neuseeland versicherte demgegenüber, daß es die freundlichsten Gefühle für Indien hege, es wolle in dieser Resolution auch gar nicht die strikt verbotene Einwanderung Farbiger berühren, sondern nur die Verwendung Farbiger irgend welcher Rasse, die zu niedrigen Löhnen auf britischen oder sonstigen Schiffen engagiert wären, die in Neuseeland ausgerüstet würden. Wenn die Dinge nicht geändert würden, bliebe nichts anderes übrig, als daß Neuseeland, das im vorigen Jahre erlassene Lohngesetz für die weißen Seeleute zurücknehme, oder daß die jetzt in Neuseeland domizilierten Reedereien andere Heimathäfen aufsuchten, wo die Anstellung farbiger Schiffsmannschaften nicht verboten sei. Beides sei unmöglich. Die Löhne der Weißen dürften nicht auf das Niveau derer für Farbige herabgedrückt werden. Das neuseeländische Gesetz vom vorigen Jahre verlange, daß Schiffe im neuseeländischen Verkehr sowie solche nach und von Australien, solange sie in den neuseeländischen Gewässern weilten, ihre Mannschaften mit den (für Weiße) üblichen Löhnen bezahlten, und daß Schiffe, die ganz oder teilweise mit Asiaten bemannt seien, 25 % Zuschlag (worauf?) zu entrichten hätten. Damit wolle man nur verhindern, daß neuseeländischen Reedern und Schiffern die Existenz unmöglich gemacht werde. Mehrere tausend weißer Seeleute in Australien fänden nur auf diese Weise ihren Unterhalt. Persönlich glaube der Redner, Mr. Ward, daß man alle Nationen dahin drängen solle, daß „jede Taube zu ihrer eigenen Zone zurückkehre“. Dort könne jede ihre achtungswerte Existenz führen.

Sir W. Laurier unterstützte den Antrag, aber nur im allgemeinen. In dem Augenblick, wo asiatische Arbeit mit weißer in Konkurrenz trete, entstanden wirtschaftliche Störungen, welche die Harmonie des Weltreichs beeinträchtigen könnten. Das geschehe nicht aus dem Vorurteil der Farbe, sondern weil die Asiaten eine völlig andere Zivilisation hätten. — Mr. Malan, (Südafrika), sagte, daß für sein Land außer der Arbeiterfrage noch die der (politischen) Selbsterhaltung in Betracht komme. Es hätte mit der überwältigend großen eigenen farbigen Bevölkerung zu rechnen und dürfe sich daher nicht von anderer Seite ein „Farbigenproblem“ aufladen lassen. Lord Crewe teilte mit, daß er als Kolonialsekretär einen Ausschuß niedergesetzt habe, um zu sehen, unter welchen Umständen die Auswanderung aus Indien nach den Kronkolonien am besten ermutigt werden könne. Er hoffe Gates davon. Mr. Buxton (Handelsamt) führte aus, daß zurzeit für das Schiff die Bestimmungen seines Heimatlandes maßgebend seien. Was Neuseeland wolle, sei, daß die Dominions auch die Ver-

hältnisse auf Schiffen regeln wollten, die nur auf ihren Rundfahrten dorthin kämen. Man solle auch an die Gesamtheit der britischen Schifffahrt denken. Laurier betonte, daß seiner Ansicht nach die Debatte ergeben habe, daß die Gesetzgebung von Kanada sich bereits auf die Schifffahrt ausdehnen könne. — Bei der Abstimmung standen Neuseeland und Kanada allein allen anderen gegenüber.

Einstimmig nahm die Konferenz einen australischen Antrag für Herabsetzung der Abgaben im Suezkanal an.

Endlich empfahl man noch gegenseitige Besuche der leitenden Staatsmänner in den verschiedenen Ländern, womit denn der materielle Teil der Verhandlungen erledigt war. Daran schlossen sich noch eine Reihe von Dankesreden, welche Sir Wilfrid Laurier eröffnete und in denen gegenseitige Hochachtung und Anerkennung nach allen Seiten ausgesprochen wurden.

Überblickt man die lange Reihe der behandelten Gegenstände, so muß man sagen, daß die Mehrzahl von ihnen mit dem großen Problem eines engeren Zusammenschlusses zwischen dem Vereinigten Königreich und den selbstverwaltenden Kolonien wenig oder nichts zu tun hatte. Bei einem Teil derselben waren die Resolutionen von Haus aus gänzlich nichtssagend oder sie wurden durch Amendierung so abgeschwächt, daß wenig übrig blieb. Bei einigen der bedeutungsvollsten Punkte wurden die Anträge zurückgezogen, weil sie keine Aussicht auf Annahme hatten. Die wichtigsten waren die folgenden:

Imperial Council und Exekutivrat. — Zurückgezogen.

Andere behördliche Organisation des Kolonialamts und Einsetzung eines ständigen Komitees von Vertretern der Dominions. — Zurückgezogen.

Londoner Seerechtsdeklaration. Dieser an sich sehr wichtige Gegenstand hat mit der Organisation des Weltreichs nichts zu tun, führte aber zu dem Versprechen der englischen Regierung, die Regierungen der Dominions von solchen Materien rechtzeitig in Kenntniß zu setzen. Im Gegensatz zu den Bestrebungen englischer Imperialisten wurde die Deklaration gebilligt.

Unterstützung britischer Schiffe und britischer Waren im Handel mit den Dominions. Stark abgeschwächt angenommen.

Kündigung solcher britischer Handelsverträge, welche auch die Dominions binden. Angenommen. Jedoch ist dies ein Antrag, der die Gemeinsamkeit nicht erhöht, sondern zugunsten der Selbständigkeit der Glieder lockert.

Darüber hinaus ist Materielles in den Verhandlungen von irgend welchem Belang kaum zu finden. Vielmehr kam bei mehr als einem Gegenstand das Verlangen der Dominions nach Erhaltung oder gar Vergrößerung ihrer Unabhängigkeit stark zum Ausdruck, so z. B. bei der neuseeländischen Gesetzgebung über die Behandlung von Schiffen, auch britischen, die farbige Mannschaft an Bord haben.

Große Erregung außerhalb der Konferenz rief die nur ziemlich beiläufig gefallene, aber niemals zurückgenommene und mit dem sonstigen Verhalten des kanadischen Premierministers durchaus

übereinstimmende Bemerkung Sir Wilfrid Lauriers vom 1. Juni hervor: Wenn eine Dominion darauf bestände, gefragt zu werden in Dingen, die auf einen Krieg hinauslaufen, so würde das die Notwendigkeit in sich schließen, an dem Kriege teilzunehmen.“ Das Blaubuch ist sehr schweigsam über diesen Gegenstand; vielleicht hat der Redner sehr viel mehr gesagt. Eine leidenschaftliche Erwiderung brachte am 3. Juni die „Times“ unter der Überschrift: „The terms of imperial partnership.“ Sie will zu seiner Ehre annehmen, daß er über die „Imperial relations“ in der Praxis nicht anders denke als die Vertreter Südafrikas, Neuseelands und Australiens, die sich so warm ausgesprochen hätten; aber das von ihm in der Debatte entwickelte (!) Argument, falls es zu seiner Konsequenz gebracht werde, schließe einen vollständigen Bruch des Zusammenhangs zwischen Kanada und dem Weltreich ein: „So lange Kanada die englische Flagge führt, wird es von fremden Mächten als ein Teil des Weltreichs angesehen werden, der ipso facto im Kriege ist, wenn sich der Rest im Kriege befindet. Keine Resolution kann diese Verpflichtung beeinträchtigen, es sei denn durch einen Beschluß des kanadischen Parlaments, der Kanada für einen unabhängigen Staat erklärt — einen Beschluß, den das kanadische Parlament jeden Augenblick fassen kann (!), aber dem, in dem undenkbareren Fall, daß er beantragt würde, sicherlich Sir Wilfrid als erster widersprechen würde. Kein Teil des Reiches kann nur dann ein Teil des Reiches sein, wenn es ihm paßt. Entweder er führt die britische Flagge oder er tut es nicht, einen Mittelweg gibt es nicht. Gemeinsam Krieg führen und gemeinsam Frieden schließen ist das gewöhnliche Verfahren je zweier Mächte, die in ein Offensiv- und Defensiv-Bündnis eintreten. Es muß klar sein, daß die Zugehörigkeit zum Reiche (Imperial partnership) keinen Bestand haben kann, wenn sie auf schwächere gegenseitige Verpflichtung gegründet ist als diejenige, welche zwei alliierte Völker bindet, deren Staatssystem und Rassen vielleicht ganz verschieden sein mögen. Gleichzeitig kann nur ein vollständiges Mißverstehen der Weltlage den Glauben erwecken, den zuweilen Sir Wilfrid Lauriers Landsleute in Quebec aussprechen, daß das Verhältnis zum Reiche Kanada Gefahren und Verantwortlichkeiten aussetze, die es andernfalls vermeiden könne. Kein Volk kann den Verpflichtungen zur Selbstverteidigung entgehen, wenn es nicht darauf gefaßt sein will, seine Selbständigkeit an eine stärkere Rasse zu verkaufen. Es würde Kanada oder irgend einem anderen Teil des Reiches zehn und aber zehn Millionen (Pfd. Sterl.) kosten, ihm eine stets wachsende Last aufbürden, um für sich allein die Sicherheit zu schaffen, die es jetzt als Glied des Reiches gewinnt. Es gibt keine Wahl zwischen solchen Ausgaben und Zugehörigkeit zum Reiche als Unterordnung unter die Interessen irgend einer Macht, welche keine Partei in Kanada oder anderwärts für einen Augenblick achtet.“

Es ist mir nicht zur Kenntnis gekommen, daß Sir W. Laurier hierauf irgend etwas erwidert hätte. Er scheint also nicht zu glauben, daß er falsch interpretiert worden sei oder daß die „Times“ falsche Schlüsse aus seinen Reden gezogen habe. Der Ton dieses Artikels zeigt wie in einem blendenden Scheinwerfer, wie ernst man in England die politischen Gedankengänge Lauriers aufgefaßt hat. Auch erhellt daraus deutlich, was auch anderweitig wahrnehmbar ist, daß England nicht mit der Möglichkeit rechnet, Kanada gegen seinen Willen am Reiche festzuhalten. Ein Trennungsbeschluß des kanadischen Volkes würde vollendete Tatsache schaffen, möge es sich nun um Selbständigkeit oder um Anschluß an die Vereinigten Staaten handeln. Daraus kann man seine Schlüsse auf Südafrika und Australien ziehen.

Für den Augenblick freilich hat die Parlamentswahl in Kanada alles wieder verschoben. Aus dem protektionistischen Widerwillen gegen die hochentwickelte (wenn auch nicht vollständige) Zolleinigung mit den Vereinigten Staaten hat auch das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit dem Weltreich neue Nahrung gezogen. Hoch lodert es empor und glänzend wird es in England gefeiert. Sir Wilfrid Laurier ist aus seiner Machtstellung hinausgeschleudert und zum ohnmächtigen Führer der Opposition geworden. Es wäre Vermessenheit, über Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit eines abermaligen Umschwungs ein Wort zu sagen. Nur das darf man wohl betonen, daß nicht allein der Partikularismus in Kanada (und vielleicht auch in andern Dominions) einen Schlag bekommen hat, sondern auch der Panamerikanismus der Vereinigten Staaten. Wenn der britische Imperialismus zollpolitisch sich gegen andere Länder wendet, so tut der Panamerikanismus das in noch viel höherem Maße. Für Deutschland ist der letztere weitaus der gefährlichere, was sich schon daraus ergibt, daß unsere Ausfuhr nach amerikanischen Ländern, die nicht unter dem Sternenbanner stehen, 1910 622,3 Millionen Mark betragen hat, nach allen britischen Kolonien der Erde nur 320,7 Millionen Mark. Man darf ferner nicht übersehen, daß es im Augenblick noch ganz unausgemacht ist, ob die Vereinigten Staaten nicht auf die Kampfzollpolitik gegen Kanada*) zurückkommen, die sie im Jahre 1910 betrieben, um Kanada zum Verzicht auf die Bevorzugung englischer Waren zu zwingen. Nach der Payne-Bill ist der Präsident verpflichtet, als Maximalzoll einen Aufschlag von 25 % des Zolles zu erheben, von Einfuhren aus Ländern, die den Vereinigten Staaten einen ungebührlichen Nachteil auferlegen (unduly discriminate). Dabei wurde auch die Bestimmung aufgenommen, daß Kolonien ihr eigenes Mutterland nicht bevorzugen dürfen, falls sie das Recht oder die Macht haben, die Zollgesetzgebung zu betreiben. Das trifft unzweifelhaft auf Kanada zu und deshalb drohte allen kanadischen Waren bei der Einfuhr nach den Vereinigten Staaten ein Zollzuschlag von 25 %. Die Regierung zu Washington schreckte vor der Ausführung dieser Verpflichtung zurück, denn auch ihr drohten kanadische Repressalien. Ende März kam man zu einer Vereinbarung, wonach der Zollkrieg

*) E. Fitger, Der Zolltatif Kanadas mit den Vereinigten Staaten. Berlin 1910.

vermieden werden sollte. Unterdessen gingen die Verhandlungen über einen Gegenseitigkeitsvertrag weiter, sie führten im Herbst zu dem bekannten Abschluß, wodurch die Gefahr eines Zollkrieges völlig gebannt wurde, indem einem großen Teil der beiderseitigen Waren völlig freier Verkehr, einem andern stark herabgesetzte Zölle gewährt wurden.

Wäre dies in Kanada ebenso genehmigt worden, wie in den Vereinigten Staaten, so hätte es nicht nur der englischen Einfuhr nach Kanada schwer geschadet, sondern auch aller übrigen, auch der deutschen, die im letzten Jahre von 24,8 auf 36,6 Millionen Mark gestiegen ist. Statt dessen ist es abgelehnt und damit die Frage wieder eröffnet, ob nun der Panamerikanismus einen neuen Vorstoß machen und der Zollkampf wieder eröffnet wird. Zurzeit freilich ist der Hochschutzzoll in den Vereinigten Staaten im Zeichen des Krebses.

Der englische Imperialismus triumphiert. Und doch ist die viel weiter gehende Frage, ob die Vereinigten Staaten sich gefallen lassen werden, daß England seinerseits auf ihre Kosten die Einfuhr aus Kanada zollpolitisch bevorzugt, noch in keiner Weise entschieden. In England erörtert man sie gar nicht. Und doch verdoppelt sich damit für die Vereinigten Staaten der Reiz zum Widerstande. Denn dann müßten sie zu den Nachteilen, die ihnen die Differenzierung in Kanada zugunsten Englands bereitet, auch noch die in den Kauf nehmen, die England zugunsten Kanadas einführen würde. Darauf näher einzugehen, hieße den Rahmen dieser kleinen Schrift überschreiten.

Die Organisation des britischen Weltreichs ist der Gegenstand, dem sie gewidmet ist. Wir haben gesehen, daß in den Dominions viel Neigung für die Erhaltung der bei ihnen bereits bestehenden zollpolitischen Bevorzugung des Mutterlandes besteht, dagegen hinsichtlich der politischen Organisation teils Widerstand besteht, teils nur unausführbare Gedanken geäußert sind. Auch im Mutterlande hat man keinen Plan erzeugen können, weder innerhalb der Konferenz noch außerhalb. Die Partei im Vereinigten Königreich, die jetzt die Parlamentsmehrheit besitzt, ist nicht die eifrigste dafür. Einst wird sie wieder der konservativen das Feld räumen müssen, vorausgesetzt, daß die britische Wällerschaft bereit sein wird, das Experiment des zollpolitischen Imperialismus zu machen. Um eine politische Organisation durchführen zu können, müßte die imperialistische Partei zunächst selber ein Projekt aufstellen können. Noch ist das nicht geschehn.

Eins mag noch hinzugefügt werden: wie man die nicht selbstverwaltenden Kolonien in den vervollkommeneten Organismus des Reiches einbeziehen will, darüber ist kaum gesprochen worden. Die Behandlung Indiens und Ägyptens bildet ein Problem für sich. In diesen Ländern fehlt das, was in den Dominions trotz des Partikularismus so kräftig und lebenswarm pulsiert: das Gemeinschaftsgefühl mit den Engländern in Rasse, Sprache, Kultur und Geschichte, der britische Patriotismus.



U 3175 II